

Leipzig NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHWOCHENZEITUNG

■ Verfehlte Lobpreisung

Die „Gesundheitsreform“ hat keines der seit Jahren angestauten Probleme auch nur im Ansatz gelöst, weist Dietmar Pellmann nach. **Seite 3**

■ Existenzgründerprogramm!

Vor 60 Jahren wurde im mecklenburgischen Kyritz die demokratische Bodenreform eingeleitet. Im Juli 2005 wurde die Zwangsenteignung der Bodenreform-Erben vom Europäischen Gerichtshof abgesegnet. **Seite 7**

■ Sachsens Fiasko

Sachsens „Gedenkstättenpolitiker“ wollen den Balken im eigenen Auge nicht sehen. **Seiten 8/9**

17
2005

13. Jahrgang

26. August

1 Euro

WWW.
leipzig-
neue.de

Herrn Stoibers Deutschland



Neoliberalismus und Wahl

Dieser Wahlkampf steht unter einem besonderen Zeichen. Die Chancen der Linkspartei sind hierfür nur ein Teilausdruck. Über allem steht – ein großer Bankrott. Nicht der angebliche der Staatsfinanzen, sondern der Bankrott des neoliberalen Denkgefüges. Also jener Lehre, die von der Begehrlichkeit der Kapitalanleger bestimmt wird. Ihre Philosophie: Was dem großen Geld nützt, ist gut fürs Land. Ihre Dogmen: Die Kaufkraft der eigenen Bevölkerung ist eine zu vernachlässigende Größe. Im „globalen Wettbewerb“ muss das Volk den Gürtel enger schnallen. Lohnkosten und Sozialleistungen, Steuern und Abgaben der Unternehmen müssen runter. Der Arbeitsmarkt ist zu „deregulieren“. Nur so, heißt es, kämen Wachstum, Arbeitsplätze und ein Spitzenplatz für Deutschland.

Die Lutherschenschaft dieser marktradikalen Lehre wankt. Nicht, weil ihre Dogmen zu wenig oder ungeschickt gepredigt wurden, sondern weil die Praxis ihre Verfehltheit erwie. Immer offensichtlicher wird, dass die Superreichen Staatsgeschenke nicht in Arbeitsplätze ummünzen, sondern damit lieber rationalisieren und „gesund-schrumpfen“ lassen und auf Finanzmärkten spekulieren. Trotz einiger industrieller Neuansiedlungen werden immer mehr Menschen „freigesetzt“. Und gerade Ostdeutschland beweist, dass erpresste Niedriglöhne diesen Prozess keineswegs stoppen.

Jetzt, da der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, spricht die Spitze der Schröder-Partei plötzlich von Binnennachfrage und vom Sinn höherer Löhne. CDU und CSU sind verunsichert. Ihre Politiker wissen nicht, in welchem Maß sie neoliberal argumentieren oder lieber hetzen sollen ...

Auf Lehrstühlen, Chefökonom-Sesseln und in den meisten Wirtschaftsinstituten aber sitzen nach wie vor Verfechter des radikalen Marktdenkens. Sie beharren darauf, Gesamtwirtschaft – national und europäisch – wie Betriebswirtschaft zu behandeln. Aufgeschreckt vom Wandel der öffentlichen Meinung, wettern sie über „Rückfall in Keynesianismus“. Angepasste Programmchefs und Redakteure geben ihnen bereitwillig das Wort. Die Krise des Neoliberalismus ist alles andere als das Ende einer großen Verschwörung: der Verschwörung von Unternehmerverbänden, Sozialabbau-Parteien, akademischen Komplizen und bürgerlichen Medien. Dieses Strukturproblem behält Deutschland!

Gleich, wie das BVG-Urteil zur Wahl ausfällt – der in Gang gekommene Wahlkampf bietet besondere Möglichkeiten, die Verschwörer nach Strich und Faden bloßzustellen. Schenken wir ihnen nichts, auch wenn sie selbst kräftig mit-helfen!

• GOTTFRIED BRAUN

Luftwaffen-Jets überm Baltikum

Die Anwesenheit der Bundesdeutschen Luftwaffe im litauischen Stützpunkt Siauliai löste noch keinem Skandal aus. Nur Eingeweihte wissen von diesem neuen Bundeswehrauftrag: Seit Juli und bis Ende September sichert die deutsche Luftwaffe den Luftraum über den drei neuen NATO-Mitgliedsländern Litauen, Lettland und Estland.

Süffisant berichtet das Flensburger Tageblatt: „Vom litauischen Siauliai aus zeigen die Phantom-Jets über dem Baltikum Flagge.“ In einem blumigen Insider-Ton geht es weiter: „Mit flammenden Nachbrennern steigt die Phantom in den wolkgigen litauischen Himmel hinein. Noch während die Maschine nach Nordosten abdreht, fährt ein silberblauer Lancia Delta auf die Runway, rast die gesamte Länge der Startbahn entlang und zurück. Erst als der kleine Wagen wieder abgebogen ist, rollt der zweite Alarmrotten-Jet zum Start. Sekunden später ist auch er in der Luft, innerhalb von 15 Minuten nach der Alarmierung, wie von der NATO vorgeschrieben – trotz der etwas unüblichen Prozedur auf der früheren Sowjet-Basis bei Siauliai.“

Auf Steuerkosten ist zur Sicherung der Lufthoheit der drei Balkanstaaten ein 118 Mann starkes Bundeswehr Aufgebot mit vier F-4F Phantom des Jagdgeschwaders 71 „Richthofen“ an die Ostsee entsandt worden. Zweimal am Tage proben die Maschinen paarweise Alarmstarts – als ob die Russen wieder an den Grenzen von Litauen, Lettland und Estland stehen, um die Länder wieder der Befehlsgewalt Moskau unterzuordnen.

Seit April 2004 wird der ehemalige sowjetische Standort, nun direkt vor der Haustür Russlands von der NATO genutzt. Seitdem sind nicht unerhebliche Mittel nach Litauen geflossen. Auch Lettland und Estland werden Gelder für ihre Lilitputarmee erhalten. Bis die drei neuen NATO-Staaten selber tätig werden können, wird die NATO-Präsenz aufgeteilt. Mindestens noch sieben Jahre wird diese Waffenhilfe dauern.

PS.: Die Deutsche Luftwaffe war schon einmal im Baltikum. Vor über 60 Jahren hinterließ sie verbrannte Erde.

• KARL-H. WALLOCH

Wer hilft wem?

Unternehmer Wolfgang Jürgens besitzt in Dresden – warum auch immer – eine Sporthalle, nebst Stallungen und einem 10-Hektar-Waldstück, das Begehrlichkeiten der NPD für ein Veranstaltungszentrum geweckt hat. Erst im April verkaufte er der NPD in Grafenwöhr so eine Halle. Entsetzt über ein damit drohendes Nazi-Ausbildungszentrum kaufte die bayrische Stadt das Areal übersteuert für eine reichliche halbe Millionen zurück. Für Jürgens ist das „prima gelaufen“.

Fragt sich, wer da wem in die Tasche arbeitet. Es heißt allerdings, dass Jürgens auf dem Dresdner Gelände ein Fünf-Sterne-Ressort bauen wollte. Was das Regierungspräsidium nicht genehmigen wollte. Und schon wieder stehen Nazis vor der Tür. Wir wollen ja keine Verschwörungstheorie backen ...

• mx

Wiglaf Droste

... geht nicht wählen, sondern lieber in die Schaubühne:

Schiebt die Wahl zurück ins Meer!

Politische Lesung

Freitag, 9. September 2005, 20,30 Uhr

Eine rot-grüne Regierung, die nichts von dem tat, wofür sie gewählt wurde, wird entlassen, die Regierung, die ihr folgt, wird kein bisschen weniger grauenhaft sein. Warum also sollte man sich grämen? Oder aufgeregt die Apokalypse beschreiben? Die letzten Zuckungen des Regimes Schröder/Fischer kann man sich ganz entspannt angucken, wie unter Glas. Das zeitgleich abgesonderte Vorfremdegeheil der Merkel/Westerwelle-Truppen mag eine unangenehme Begleiterscheinung sein, die man aber ignorieren kann: Merkel und Westerwelle sind erledigte Fälle lange vor einem möglichen Amtsantritt. Falls sie dennoch regieren werden, liegt das allein in der Verantwortung von Leuten, die so etwas wählen, und die überhaupt wählen gehen, wo es nichts zu wählen gibt. Eine Wahlbeteiligung von schönen 0,1 Prozent wäre die richtige Quittung für das Zeug, das einem hier angeboten wird.

Spezialgast: Volker Külöw (Bundestagskandidat Linkspartei.PDS)

Leipziger Literaturlesung

Andreas Reimann „Poet der Südvorstadt“

Mittwoch 31. August 19 Uhr, Liebknecht Haus -Leipzig,
Braustraße 15

Von vielen Politikern hält sich das Dauer-Gerücht, sie seien mehr im Urlaub als im Parlament. Nun scheint dieses Gerücht Wahrheit zu werden. Denn just am Beginn der heißen Wahlkampfphase verschwand der CDU-Direktkandidat im Leipziger Wahlkreis 154, Alexander Achminow, erst

Ein Urlauber will in den Bundestag

einmal in Richtung italienischer Adria. Angeblich, so sein Wahlkampfmanager Schimpff, müsse sich Achminow erst einmal mit der CDU-Wahlprogramm vertraut machen.

Also vielleicht doch eine Art Dienstreise? Sicher war beim Trip über die Alpen auch ein Zwischenstopp in der alten Heimat München drin, um ganz im Stoiberschen Sinne Kraft für den Kampf gegen die frustrierten und undankbaren Osis zu tanken. Denn der wackere Alexander hat

schon recht früh Auf-bauhilfe im Osten geleistet und dabei das Innenleben mehrerer konservativer Parteien als Mit-glied erlebt. Seinen politischen Schliff erhielt er zunächst in der CSU und wurde 1990 in die gerade gegründete DSU gesandt, in der er rasch in den Führungszirkel aufstieg. Dieses Karriereprojekt scheiterte

Vor drei Jahren mag ihm sein Ziehvater Edmund Stoiber die Niederlage schon deshalb verziehen haben, weil er ja selbst scheiterte. Am 18. September soll es nun aber endlich mit dem Einzug in den Bundestag klappen, sozusagen auch als persönlicher Demokratiebeitrag gegen die störrigen Osis. Sollte die



Wo die Bildzeitung (20. 8.) recht hat...

allerdings kläglich und ließ den Guten für Jahre in der politischen Versenkung verschwinden. Plötzlich tauchte er 1999, inzwischen zur CDU gewandert, wieder auf und sitzt seither im Leipziger Stadtrat. Jemand, wie Herr Achminow, strebt freilich mit offensichtlicher Rückendeckung aus München wieder nach höheren Weihen und nimmt nun schon den zweiten Anlauf einen der beiden Leipziger Bundestagswahlkreise zu gewinnen.

Kandidatur jedoch erneut im Fiasko enden, was nicht ganz unwahrscheinlich ist, bleibt offen, ob Herr Achminow noch einmal die Rolle als politisches Stehaufmännchen vergönnt sein wird. Auf jeden Fall muss er dann wohl bei seiner nächsten Urlaubsreise gen Süden einen weiten Bogen um die bayerischen Lande schlagen.

• P. L.

LESER MEINEN

Habe nichts anderes erwartet

Weder Kalb, noch dumm, noch frustriert, dafür aber verproletarisiert mit Hochschulabschluss unter der SED-Diktatur, kann ich über die dumm-dreisten Äußerungen der Herrn Schönbohm und Stoiber nur noch müde lächeln. Die Arroganz der Macht möchte christliche Werte vermitteln, wir erleben sie u. a. als Intoleranz, Bestechung, Vorteilnahme, Schmiergeld, Lobbyismus, Korruption,

nicht zu vergessen Ehrenwort.

BRIGITTE JANSEN, LEIPZIG

Feststellung

Mit seinem auf einer Wahlveranstaltung in Bayern geäußertem Vergleich „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber“ wird Herr Stoiber wohl recht behalten.

Viele Ostdeutsche werden seinen Ratschlag beherzigen und am 18. September der CDU/ CSU ihre Stimme nicht geben.

G. FLEISCHHAMMER,
LEIPZIG

Zur „unwiderruflichen“ Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands sowie anderer OSZE-Staaten hat der FDP-Politiker Wolfgang Gerhardt – Außenminister-Kandidat – aufgerufen. Auf der Berliner Festveranstaltung anlässlich des 30-jährigen Bestehens der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) hob er die Bedeutung

Umstürzler Gerhardt, FDP

weltweiter Umstürzbewegungen hervor, die es „out of area“ zu unterstützen gelte „auch in etlichen afrikanischen Staaten“. Als europäisches Nahziel solcher Interventionen bezeichnete Gerhardt Weißrussland. Deutsche Außenpolitiker, darun-

ter der frühere deutsche OSZE-Chef in Minsk, sollen verschiedene Umsturzpläne in Bereitschaft halten. Sie beziffern die notwendigen Investitionen in weißrussische Oppositionsgruppen auf etwa 14 Millionen Euro jährlich. Einziger Schwachpunkt der Pläne: Weißrusslands Volk ist mit seiner Regierung und deren sozialistischer Sozialpolitik zufrieden.

• LN

Ein Wort in eigener Sache

Darf man den Demoskopen glauben, dann wird Deutschland demnächst von einer CDU-Frau Merkel in Kompagnon mit einem FDP-Herrn Westerwelle regiert. Aber eine Kanzlerin Merkel wird noch deutlicher den Wünschen und Forderungen des Bundesverbandes der deutschen Industrie und der anderen Kapitalorganisationen nach dem Abbau gewerkschaftlicher Rechte und sozialer Errungenschaften nachkommen.

Der dagegen zu organisierende Widerstand bedarf sowohl einer starken außerparlamentarischen als auch einer starken parlamentarischen Opposition.

Eine glaubhafte Opposition im kommenden Bundestag wird nur die Linkspartei.PDS stellen können. Wie wirksam sie diese Aufgabe als Interessenvertreterin der vom Kapital Ausgebeuteten und der sozial Schwachen wahrnehmen kann, wird wesentlich davon abhängen, wie stark sie in den Bundestag einziehen kann. Des-

sen sind sich sowohl die derzeitigen als auch die künftig Regierenden bewusst, weshalb ihr Wahlkampf vor allem darin besteht, die Linkspartei.PDS und ihr Wahlprogramm zu verteufeln – unterstützt werden sie dabei von den bürgerlichen Medien, die selbst vor Unwahrheiten und Verleumdungen nicht zurückschrecken.

Wir, als eine parteiunabhängige linke Zeitung, die wir an einer echten linken Opposition im kommenden Bundestag interessiert sind, unterstützen deshalb in diesem Wahlkampf ohne wenn und aber die Linkspartei.PDS und ihre Kandidaten. Diese eindeutige Parteinahme hat uns auch bewogen, eine aus dem Wahlfonds der Linkspartei.PDS finanzierte Sonderausgabe zur Bundestagswahl zu fertigen. Wir hoffen, dass sie dazu beitragen wird, eine starke linke Opposition im 16. Deutschen Bundestag zu schaffen.

DIE REDAKTION

Die kostenlose Sonderausgabe wird vor allem während der Wahlkampfaktionen der Linkspartei.PDS verteilt und ist auch im Liebknecht-Haus in der Leipziger Braustraße zu erhalten.

Die so genannte Gesundheitsreform, die am 1. Januar 2004 mit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG) als erste Säule der Umsetzung der Schröderschen Agenda 2010 startete, scheint in der öffentlichen Wahrnehmung angesichts von Hartz IV etwas in den Hintergrund getreten zu sein. Die große Sozialabbaukoalition aus CDU/CSU, SPD, Bündnisgrünen und FDP mag immer noch hof-

fen, dass sich die Menschen mit den erheblichen Mehrbelastungen im Gesundheitsbereich mittlerweile abgefunden haben und vielleicht sogar glauben, dass alles unvermeidlich sei, könnten einer schweren Täuschung unterliegen. Die PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag hat durch zahlreiche Anträge und Aktuelle Debatten bewusst dazu beigetragen, dass die Staatsregierung und die sie tragenden Parteien immer wieder zur öffentlichen Stellungnahme über die

Auswirkungen der „Gesundheitsreform“ gezwungen wurden. Bisheriger Höhepunkt dieser von der Verfassung geforderten Kontrollfunktion war daher eine Große PDS-Anfrage an die Staatsregierung nach den „bisherigen Ergebnisse der so genannten Gesundheitsreform in Sachsen“. Insgesamt 89 Fragen, das sei anerkannt, wurden z. T. sehr ausführlich beantwortet, selbst wenn zu einigen brisanten Teilbereichen der Regierung angeblich keine Informationen vorliegen.

Kontroverse Debatte

Die kontroverse Debatte zur Großen Anfrage der Linkspartei über die „Gesundheitsreform“ fand auf der letzten Plenarsitzung des Landtages vor der Sommerpause am 15. Juli statt. Insbesondere CDU- und SPD-Vertreter meinten, die Reform sei noch viel zu jung, so dass sich eine umfangreiche Analyse verbiete. Dennoch lobten sie das Ganze in den höchsten Tönen und schlossen sich den Bewertungen der Staatsregierung an: „Die Sächsische Staatsregierung schätzt die Gesamtergebnisse des GKV-Modernisierungsgesetzes ... positiv ein.“ Und an anderer Stelle in der Antwort auf die Frage nach eventuellem Än-

Leistungen für Zahnersatz und Krankengeld erfolgen. Da auch Rentner zuzahlen müssen, werden sie mehr als abgezockt, denn bekanntlich haben sie auch künftig keinen Anspruch auf Krankengeld. Während der Landtagsdebatte feierten es die Vertreter von CDU und SPD als Erfolg der „Gesundheitsreform“, dass die gesetzlichen Krankenkassen 2004 einen Überschuss von mehr als vier Milliarden Euro erwirtschafteten. Berücksichtigt man, dass sie 2003 einen Verlust von 3,5 Milliarden Euro hatten, so waren es per Saldo sogar 7,5 Milliarden Euro, die fast ausschließlich auf Kosten der gesetzlich

neuen Erkenntnisse. Aber sie stellten das oben zitierte positive Gesamturteil auf den Kopf:

- Allein durch die Entrichtung der Praxisgebühr nahmen die sächsischen Krankenkassen 2004 fast 125 Millionen Euro ein.
- Mit den Beitragssatzveränderungen ab 1. Juli 2005 reduziert sich das Einkommen jedes gesetzlich Krankenversicherten um 0,45 Prozent; bei den Rentnern, die seit dem 1. April 2004 den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung zahlen müssen, sind das seitdem 0,85 Prozent.
- Chronisch Kranke sind seit 1. Januar

geldes, nur noch hälftige Bezuschussung der künstlichen Befruchtung ... Diese so genannte Gesundheitsreform sei gelungen?

Veränderungen sind möglich

Die Linkspartei.PDS sieht durchaus die Notwendigkeit von Reformen im Gesundheitswesen und unterbreitete entsprechende realisier- und finanzierbare Vorschläge. Vom Grundansatz her geht es um eine Umverteilung von oben nach unten. Zum Beispiel durch die alte Forderung nach einer solidarischen Bürgerversicherung für die gesetzliche Krankenversicherung. Inzwischen will dies

Von **DIETMAR PELLMANN**

derungsbedarf heißt es: „Die Sächsische Staatsregierung sieht bislang keinen grundsätzlichen Änderungsbedarf.“ Der PDS-Fraktion wurde unterstellt, sie rede alles immer nur schlecht. Als gäbe es keine Pflicht gegenüber den Wählern, die Dinge beim Namen zu nennen, zu kritisieren, was zu kritisieren ist, aber zugleich alternative und finanzierbare Lösungsvorschläge zu unterbreiten. An den Resultaten dieser „Gesundheitsreform“ ist nichts zu lobpreisen. Sie hat keines der seit Jahren angestauten Probleme auch nur im Ansatz gelöst. Selbst einige positive Ansätze wie die Einrichtung von Gesundheitszentren (Polikliniken) oder der Ausbau von Patientenrechten sind – bestenfalls – im Ansatz stecken geblieben. Dagegen kamen erhebliche Mehrbelastungen auf die gesetzlich Krankenversicherten zu, wurden Leistungen für Patienten ausgedünnt und haben Leistungserbringer des Gesundheitswesens mehr Bürokratie, mit Honorareinbußen oder gar Arbeitslosigkeit zu verkraften. Die Arbeitgeberseite wurde weiter entlastet, so dass von einer Parität bei der Beitragseinzahlung in die gesetzliche Krankenversicherung überhaupt keine Rede mehr sein kann.

Sparen auf Kosten der Kranken

Ursprünglich hatte der Bundesgesetzgeber bereits für 2004 eine Senkung des monatlichen Beitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,7 Prozent versprochen. Erreicht wurden 0,1 Prozent, so dass der durchschnittliche Beitragssatz bei 14,2 Prozent verharrt. Für dieses Jahr sollte es eine weitere Senkung um 0,7 Prozent geben, um Ende 2005 unter 13 Prozent zu kommen. Davon ist heute nichts mehr zu hören, im Gegenteil. Per 1. Juli dieses Jahres stieg der Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherten stattdessen faktisch um 0,45 Prozent durch einen bewussten Trick. Der offizielle Beitrag wird zwar um 0,9 Prozent gesenkt, dafür müssen aber die Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen sich zusätzlich mit genau diesen 0,9 Prozent zwangsversichern, ohne dass sich die Arbeitgeber daran beteiligen. Aus dieser Zusatzversicherung sollen



URAUFFÜHRUNG 1955
WIEDERAUFÜHRUNG 2005

Krankenversicherten gingen. Das spiegelt sich auch in Sachsen wider. Hier gingen 2004 die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Arzneimittel um 10,8 Prozent zurück; der Rückgang der medizinischen Behandlungsfälle lag bei 8,7 Prozent und die Kosten für Fahrten zur Behandlung sanken sogar um mehr als 17 Prozent. Auf die PDS-Frage nach den Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung, konnte die sächsische Regierung keine Angaben machen. Aber mich erreichen immer wieder Meldungen, dass sich Menschen den eigentlich notwendigen Gang zum Arzt aus Kostengründen sparen und bestenfalls zur Selbstmedikation greifen. Ärzte weisen darauf hin, dass eine zu spät eingeleitete Therapie letztlich zu oft sogar wesentlich höheren Kosten für die Krankenkassen führt.

Katalog von Zusatzbelastungen

Aus dem relativ umfangreichen Antworten zu den zusätzlichen Belastungen für die Versicherten ergaben sich zwar keine

CDU und SPD lobpreisen die „Gesundheitsreform“

Was einiger Anmerkungen bedarf

2004 nicht mehr generell von Zuzahlungen befreit. Allein die 396.000 als chronisch Kranken eingestuft der sächsischen AOK mussten zumindest ein Prozent ihres Bruttoeinkommens an Zuzahlungen leisten.

• Gestiegen sind die Zuzahlungen für Medikamente, Heil- und Hilfsmittel sowie stationäre Aufenthalte. Allein für verordnungspflichtige Medikamente mussten die Patienten 2004 in Sachsen 130 Millionen Euro zuzahlen. Bei der sächsischen AOK betragen die dadurch 2004 erzielten Einnahmen 71,8 Millionen Euro – 57 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

- Nur im Ausnahmefall werden noch Fahrtkosten zur medizinischen Behandlung erstattet.
- Kaum noch Zuschüsse gibt es für Sehhilfen. Diese Zuschüsse machten 2003 bei Optikern noch 25 Prozent des Gesamtumsatzes aus.
- Reduziert wurde der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen, insbesondere bei Medikamenten, so dass diese von den Patienten voll bezahlt werden müssen, selbst wenn sie eigentlich zu einer notwendigen Therapie gehören. Gleiches gilt für bestimmte Vorsorgeuntersuchungen. Über diese erheblichen Zusatzbelastungen konnte die sächsische Staatsregierung leider keine Angaben machen. Dieser Katalog sozialer Grausamkeiten ließe sich fortsetzen: Wegfall des Sterbe-

auch die SPD. Warum aber hat sie in den sieben Jahren ihrer Regierungszeit die Besserverdienenden und Reichen bewusst geschont? Wer soll ihr jetzt glauben?

Wir sind auch für wirkliche Strukturveränderungen. So können wir auf private Krankenkassen als Vollversorgungskassen verzichten, was sich schon aus dem Ansatz der solidarischen Bürgerversicherung ergibt. Und aktuell 282 Krankenkassen braucht das Land wahrlich nicht. Schluss auch mit weiteren Krankenhaus-Privatisierungen, zumal Sachsen hier bereits die bundesweite Spitzenposition innehat. Der Übergang zur Abrechnung nach so genannten Fallpauschalen ist nichts anderes als die weitere Ökonomisierung im Gesundheitswesen. Sparsamkeit ja, aber nicht auf Kosten der Patienten.

Im Osten, darunter in Sachsen, steuern wir auf einen Ärztemangel zu. In einigen ländlichen Regionen ist er bereits Realität. Es genügt nicht, sich lediglich auf die Region Torgau/Oschatz zu konzentrieren. Es geht auch nicht nur um die finanzielle Förderung. Ärzte und medizinisches Personal müssen endlich wieder den Status erhalten, der ihnen gebührt, anstatt diesen Berufsstand immer mehr am bürokratischen Gängelband zu führen. Selbstverständlich muss es rascher zu einer Honorarangleichung an das Westniveau kommen. Dass auch eine stärkere Förderung der Gesundheitszentren die medizinische Versorgung verbessern würde und überdies sogar Kosten sparender wäre, sollte inzwischen nicht mehr umstritten sein. Aber auch hier kann die Entwicklung nicht dem Selbstlauf überlassen bleiben.



Stadtrat Ronald Gängel kandidiert für Linkspartei.PDS als Bürgermeister

Foto: Berg

Nachdem Markranstädt's Bürgermeister sein Mandat nach fünfjähriger Amtszeit vorzeitig niedergelegt hat, wird am 18. September ein neuer Bürgermeister gewählt. Für die Linkspartei.PDS wird Stadtrat RONALD GÄNGEL ins Rennen um die Wählergunst geschickt. Am 11. August wurde er durch die Genossen der Basisorganisation einstimmig als Kandidat nominiert. LN stellte dem Bürgermeisterkandidaten drei Fragen:

● **LN: Markranstädt besitzt seit Jahren eine CDU-Hoheit. Bestehen Chancen, dennoch gewählt zu werden?**

Ronald Gängel: Wir wollen ein gutes Ergebnis und uns als zweitstärkste Kraft etablieren. Im Stadtrat haben wir, wie die SPD, gegenwärtig vier von 22 Sitzen. Wichtig ist, dass die Bürger Markranstädt's wissen: Mit der Linkspartei besteht eine starke Opposition, die sich vor allem um die sozialen Belange der Bürger kümmert. Die zur Zeit allein regieren-

Markranstädt muss neuen Bürgermeister wählen

Leipzigs Attraktivität zu nutzen ist prima – aber unsere eigene?

de CDU-Fraktion darf nicht denken, dass sie machen kann, was sie will. Mit meinem Antritt als Kandidat zur Bürgermeisterwahl wollen wir ein Zeichen setzen.

● **Worin bestehen die Schwerpunkte, denen sie sich als möglicher Bürgermeister verstärkt widmen wollen?**

Mir geht es vorrangig um die Gewährleistung von Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit. Da liegt einiges im Argen. Beispielsweise soll der Ordnungsdienst abgeschafft werden. Im Stadtrat hat vor allem die CDU-Mehrheit gegen die Stimmen der PDS für diesen Beschluss gesorgt. In Markranstädt würde so ein Park-Chaos ausbrechen, wenn niemand den ruhenden Verkehr kontrolliert. In der Stadt kreuzen sich zwei Bundesstraßen und dann ist da noch der Kulkwitzer See, wo einige Autofahrer am liebsten bis zum Strand fahren würden. Die Mehrzahl aber parkt wild im Wohngebiet. Das geht so nicht. Auch die Probleme der Werterhaltung müssen anders angepackt werden. Es wird zwar viel getan, aber die dafür notwendigen Geldmittel werden nur ungenügend im Haushalt berücksichtigt. Die Linkspartei ist der Auffassung, dass der Komplex Werterhaltung und Instandsetzung eine eigene Kostenstelle im Haushaltsplan benötigt. Um ein Beispiel zu nennen: Für die neue Sporthalle werden die Baukosten genauestens ermittelt und im Haushalt berücksichtigt. Doch für die finanziellen Aufwendungen danach, für Unterhalt und Wartung, ist nichts dergleichen vorgesehen. Und so ist das auch bei anderen kommunalen Einrichtungen. 2005 musste die Mittelschule gemalert werden. Gelder dafür waren jedoch nicht geplant. So kann das nicht gehen, da würde ich mich als Bürgermeister stark machen.

● **Markranstädt hat den Ruf „Schlafstadt“ von Leipzig zu sein. Hier wird gewohnt, aber in Leipzig gearbeitet. Und das Geld für Einkäufe und Kulturerlebnisse geben die Markranstädter auch meist in Leipzig aus. Was kann da anders werden?**

Das ist ein großes Problem. Markranstädt verfügt über eine ungenügende Einzelhandelsstruktur und kulturell ist wirklich nicht viel los. Außer einem großen Möbelmarkt gibt es nichts, was Leipziger zum Einkaufen nach Markranstädt locken würde. Dafür gibt es im nur drei Kilometer entfernten Leipzig etliche Großmärkte. Zudem verhindert die Stadt Leipzig die Erweiterung von Handelsflächen im Umland und schadet damit den Städten und Gemeinden. Damit bin ich sehr unzufrieden, weshalb wir als Linkspartei auch im Stadtrat immer wieder auf diesen unerträglichen Zustand hinweisen. Hier müssen wir vor allem mit der Stadt Leipzig gemeinsam Lösungen finden und Unterstützung der Fraktion der Linkspartei im Leipziger Stadtrat anmahnen. Der bisherige Bürgermeister hat zu viel hingenommen und sich zu wenig gegen das Diktat der Großstadt gewehrt.

Allerdings, es wäre fern jeder Realität, für Markranstädt nun ein komplettes kulturelles Eigenleben zu fordern. Viele wohnen ja gerade hier, weil es eine ruhige, eine Stadt im Grünen ist. Und Leipzigs Kultur ist nah.

Dennoch, wir könnten auch kulturell attraktiver sein. Beispielsweise hatten wir ein Kino. Der Saal „gammelt“ heute vor sich hin. Unsere Stadthalle wird die meiste Zeit im Jahr zu wenig für kulturelle Veranstaltungen genutzt, vor allem dann, wenn kein Handball oder Volleyball gespielt wird. Sportveranstaltungen allein helfen uns da nicht weiter. Rege „Vereinsmeierei“ ist die eine Seite, doch eine Stadt wird allein dadurch nicht attraktiv. Es gibt über 800 Gewerbetreibende aber auf der Gegenseite einen viel zu hohen Leerstand an Läden, dem abgeholfen werden muss. Auch unsere städtischen Gewerbegebiete sind bei weitem noch nicht ausgelastet. Hier brauchen wir Anreize und Ideen zur Ansiedlung von Investoren, um diesen „Schlafstadt“-Zustand zu verändern und dass Markranstädter auch in Markranstädt Arbeit finden. Als Bürgermeister würde ich diesbezüglich in vorderster Front agieren wollen.

Der seit Jahren (auch in DLN) immer wieder thematisierte Umweltskandal um die Verschmutzung der Weißen Elster durch das Knautnaundorfer Gemüsegefrierzentrum (GFZ) findet kein Ende.

Die deutliche Überschreitung der zulässigen Grenzwerte beim eingeleiteten Abwasser ist der Leipziger Polizei und der Staatsanwaltschaft seit längerem bekannt, ohne dass sie ihrer gesetzlichen Pflicht nachge-

Weiße Elster – ein Skandal ohne Ende?

kommen sind. Das ist nicht nachvollziehbar. Auch das Umweltamt der Stadtverwaltung zeichnet sich durch Untätigkeit aus. Politisch völlig instinktlos und unzeitgemäß ist zudem das Ausspielen von beschäftigungspolitischen und umweltpolitischen Zielen durch den zuständigen Sachgebietsleiter Christoph Schulz, der offenbar gewillt ist, auch in den kommenden Jahren die ausschließlich auf kurzfristige betriebswirtschaftliche Ziele ausgerichtete Strategie des GFZ-Geschäftsführers zu unterstützen. Die Leipziger PDS-Fraktion forderte jetzt eine umgehende Überprüfung der Hintergründe für die Untätigkeit sowohl der Staatsanwaltschaft als auch des verantwortlichen Amtes der Stadtverwaltung. Die Grenzwertüberschreitungen durch das GFZ sind umgehend einzustellen und zu ahnden.

• REINER ENGELMANN

1. Durch Nachrichtensendungen der letzten Tage ging eine schnell wieder verschwundene Meldung. Sie besagte den deutlichen Rückgang von Überstunden. Entsprechende Statistiken (denen man, wie allseits bekannt, ohnehin nur glauben sollte, wenn man sie selber gefälscht hat) braucht ein Mensch hier und heute gar nicht einzusehen, um den Braten zu riechen. Vor allem, da ein kleines, aber entscheidendes Wörtchen schamhaft ausgeblendet blieb. Denn es ging ja wohl um **bezahlte** Überstunden. Und die gehen gewiss zurück, da braucht man sich nur unters noch arbeitende Volk oder unter Gewerkschaftsfunktionäre zu mischen, um dafür Beispiele zu erfahren. Haarsträubende! Schließlich wird von beinahe jedem in der Werkhalle, im Büro oder im Dienstleistungsgewerbe verlangt, dass er ein bis zwei Stunden täglich zusetzt, ohne gleich die Hand aufzuhalten. So etwas wäre würdelos. Betriebsfeindlich. Und standortfeindlich. Unternehmerfeindlich sowieso. Ja, betriebsinterne Festlegungen schreiben diese unbezahlten Stunden regelrecht vor, um dann aber sofort darauf zu verweisen, dass, wer zusätzlich bezahlte Überstunden beansprucht, wohl

nicht der geeignete Mensch auf diesem Arbeitsplatz sein könne. Sonst würde er die Arbeit ja in der Regelzeit schaffen. So etwas diszipliniert heutzutage unter dem Damoklesschwert Arbeitslosigkeit enorm.

2. Welche Motive es waren und sind, die Menschen wie Tschense nicht nur einen

Drei Anmerkungen

... die aber auch gar nichts miteinander zu tun haben

arbeitsaufwendigen Dezernentenposten einer Großstadt wie Leipzig annehmen lassen, sondern dazu noch zahlreiche ehrenamtliche Funktionen und 15, (15!) – allerdings ganz und gar nicht ehrenamtliche – Posten in Aufsichtsräten und Zweckverbänden, das ist Otto Normalverbraucher kaum zu verklickern. Ist es purer Heldenmut, ist es Aufopferung, ist es Einsicht in eine dem Bürger ins einer Froschperspektive nur schwer zu erklärende Notwendig-

keit? Warum muss, – will, heißt es wohl in diesem Fall – eigentlich einer alles alleine machen? Klar – acht Stunden reichen dann nicht. Vor allem aber: Wer soll sich bei dem Stress merken können, ob man den Führerschein gerade wieder mal abgenommen bekam oder ihn zufälligerweise gerade benutzen darf?

Noch vor Wochen hätte der Geplagte kaum Zeit gefunden, einen Brief an die Stadtratsfraktionen zu schreiben (der LN vorliegt) und darin alles aufzuzählen, was er zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger zusammenschufte. Sechs Seiten Erinnerungen, auf dass es „zu einer gerechteren Bewertung“ seiner – ohnehin entlohnerten Arbeit – und seiner Person komme.

3. Einen meiner Bekannten, gewiss alles andere als ein Goldkind, hat es auch einige Male beim Schwarzfahren erwischt. Er sitzt gerade für ein halbes Jahr ein. Verdienstermaßen. Die Idee zu einem Brief um eine gerechtere Beurteilung (nebst Lohnfortzahlung) kam ihm allerdings nicht. Dabei hat er sich an seinem Arbeitsplatz ziemlich verdient gemacht. Mit hunderten Überstunden. Die notabene in keiner Statistik stehen.

• WART

60 Jahre Franz-Mehring-Buchhandlung

Am 18. August 1945 eröffnete in Leipzig die Franz-Mehring-Buchhandlung am Augustusplatz. Der Krieg war zwar beendet, aber die Stadt lag in Trümmern, Not und Elend herrschten. Für Bücher nur scheinbar keine gute Zeit. Denn die Menschen waren glücklich über dieses weitere Stück Normalität. 1948 wird bereits der erste Bücherkatalog herausgegeben. In Schulen und Großbetrieben stellen die Buchhandlungs-Mitarbeiter Werke unterschiedlichster Autoren vor und fördern so den Verkauf. 1951 findet die erste Fachbuchausstellung statt. Auch über ein umfangreiches Antiquariat verfügt die Buchhandlung bald, die nach dem marxistischen Geschichtsforscher, Historiker, Literaturkritiker, Publizisten und LVZ-Chefredakteur Franz Mehring (1846 – 1919) benannt wurde und sich zur größten Sortimentsbuchhandlung der DDR entwickelte. Heute gehört das Haus zur Dresdner Buchhandelskette „Buch & Kunst“.

• H. GERATHEWOHL

Am 9. August sollte die Jugendtour der Linkspartei.PDS Jugend Sachsen „Schöner leben mit Drogen?“ starten. Als Unterpunkt quasi zum Thema des gesamten Jugendwahlkampfes der Linkspartei.PDS Sachsen, „Selbstbestimmtes Leben für alle!“ Es sollte mit Jugendlichen über „selbstbestimmten Drogenkonsum“ diskutiert werden. Die jugendpolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS, Juliane Nage, fordert „umfassende und objektive Aufklärung über Vor- und Nachteile oder aber Qualitätskontrollen der jeweiligen Substanzen“.

Okay, okay – die Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS Sachsen, Dr. Cornelia Ernst sagte die geplante Jugend-Wahlkampf-Tour ab und begründet: „Die Linkspartei.PDS setzt sich für die Ent-

Von **MAXI WARTELSTEINER**

kriminalisierung weicher Drogen ein und fordert einen aufgeklärten Umgang mit der Problematik. Die herrschende Drogenpolitik setzt auf Strafrecht und Repression. Doch das Strafrecht ist ein untaugliches Mittel.“ Dennoch: „Eine Freigabe harter Drogen ist nicht die Position der Linkspartei.PDS.“ Erledigt ist das Thema damit nicht.

Auch wenn die Die PDS-Jugend Sachsen „Verständnis für die Absage der Tour“ äußerte: „Entkriminalisierung des Drogenkonsums ist weder Thema der aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen noch Thema des Wahlkampfes der Linkspartei.PDS. Viel wichtiger ist die Konzentration auf die brennenden Fragen der sozialen Sicherheit, des Arbeitsmarktes und der Steuerpolitik.“ Dennoch ist „Drogenpolitik ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema. ...“

Darauf warteten die VerBILDer nur

Übrigens, ist Ihnen das beim bisherigen Lesen aufgefallen, das heißumstrittene Thema war von der PDS-Jugend mit einem Fragezeichen versehen worden? Interessanterweise verschwand es, kaum in der Öffentlichkeit angekommen. In den sich regelrecht drängelnden Meinungen im Chat-Room der PDS steht auch eher ein Ausrufezeichen, denn da wird heiß mit dem vermeintlichen PDS-Schwachsinn „Schöner leben mit Drogen“ gehandelt.

Was in gewisser Weise nachvollziehbar ist, denn, wie gesagt, fragezeichenlos wurde die wahrlich unüberlegte Jugendaktion sofort von der bürgerlichen Presse attackiert, die seit den steigenden Umfrageergebnissen der Linkspartei Tag und Nacht auf der Lauer liegt.

Marko Forberger aus Leipzig versuchte denn auch im Chat klarzustellen: „Na ja, die Sache mit der Drogentour war für diese heiße Wahlkampfzeit keine gute Idee. Es gibt jedoch bereits seit Jahren eine Debatte in Fachkreisen, aber auch in anderen Parteien, neue Wege in der Drogenpolitik zu gehen. Es ist wahr, dass diese Auseinandersetzung von den verschiedensten Positionen gekennzeichnet ist, aber keiner will Jugendliche zu Drogen verführen – auch nicht die PDS Jugend in Sachsen. ... Das Recht auf selbstbestimmten Umgang mit allen Drogen geht einher mit dem Konzept für eine Präventionsarbeit, die Jugendliche im Umgang mit den alltäglich anzutreffenden Drogen stärkt statt auf sinnlose Verbote zu setzen, dies wird beispielsweise von den Drug Scouts des Suchtzentrums in Leipzig erfolgreich praktiziert. Wer Drogen

heutzutage bekommen möchte, der bekommt auch jede Droge. Es ist deshalb wichtig, Jugendliche für einen ungefährlichen Umgang fit zu machen, um schädliche Folgen zu minimieren. Letztlich möchte ich mal auf die Scheinheiligkeit bspw. der Grünen hinweisen. Frau Hermenau (sächs. Grünen) spricht von der Linkspartei im Drogenrausch – offensichtlich kennt Sie ihre eigenen Positionen nicht. Im Papier „Neue Wege in der Drogenpolitik“

teien. Herzlichen Glückwunsch für das Überlassen der wirklichen sozialen Probleme an CDU, FDP, sogar SPD.“

Es gibt da allerdings ein generelles Problem

Nachzulesen sind wahrlich bissigere, um nicht zu sagen böartige Kommentare. Andreas Willnow, auch aus Leipzig, jedoch berührt den eigentlich wunden Punkt der ganzen Problematik, wenn er

Die Drogen und der Jugendwahn

... und ein paar Gedanken



Der „Selbstbestimmte“

Grafik. H.-J. Berg

vom 20. Juli 2005 fordern die Grünen die völlige Freigabe von Drogen und einen extra Drogenfachhandel“.

Und Stefan Hartmann, ebenfalls aus Leipzig, erklärt, „dass diese Tour von der PDS-Jugend Sachsen geplant wurde, es damit also um Positionen der PDS-Jugend geht. Ähnlich wie bei anderen Parteien sind diese nicht zwingend identisch mit denen der Mutterpartei. Beispielsweise fordert die Grüne Jugend die Legalisierung aller Drogen, dies fordert die Mutterpartei nicht.“ Zum zweiten sei festzustellen, dass Sucht- und Drogenpolitik keines der Schwerpunktfelder des Bundestagswahlkampfes der Linkspartei.PDS seien.

Schlimm genug, dass das betont werden muss. Was aber nicht all zuviel nützte, denn schon chattet ein S. Sinner aus Dresden: „Wenn der Mangel an Drogenfreiheit das Wahlkampfthema Nr.1 der PDS-Jugend bleibt, dann gibt das erstklassige Themen-Lücken für andere Par-

teien.“

schreibt: „Mal abgesehen davon, dass Julia Bonk als Landtagsabgeordnete ihre Position darlegen kann, weiß ich nicht, ob sie sich mit ihren Positionen selber einen Gefallen tut. Ich glaube, dass die Partei auch eine Verantwortung hat, dass Julia nicht öffentlich fertig gemacht wird. Ich denke, wir müssen sie auch ein wenig vor sich selber schützen.“

Bleiben wir bei dieser jungen Frau, denn auf sie hat sich die bürgerliche Presse eingeschossen. Wallenstein, oder besser Friedrich Schiller, kannte bereits ihr Problem: „Schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort, / Eng ist die Welt, und das Gehirn ist weit, / Leicht beieinander wohnen die Gedanken, / Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen“.

Eine ewige Wahrheit – die weniger mit dem andauernden Generationenkonflikt zu tun haben dürfte als vielmehr mit dem Baustein für Baustein zusammengetragenen erfahrungsreichen Wissen der Älteren und dem womöglich aus der Märchenwelt nachwirkenden Gut- und Böse-Klischee Heranwachsender.

Schnell fertig mit dem Wort ist die parteilose Julia Bonk öfter – für die PDS als jüngstes Mitglied mit 18 Jahren in den sächsischen Landtag gewählt und von BILD und Co. immer wieder gerne zitiert. Dass sich die Genossinnen und Genossen für sie erwärmten, ist nachvollziehbar. Die junge Frau ist selbstbewusst, quirlig, aktiv. Hübsch natürlich auch. Und ein bisschen vorlaut. Aber das ist heutzutage eher überhaupt kein Makel. Selbstredend braucht eine Partei jugendliche Frische und sogar ein bisschen stürmische Unabgeklärtheit, und das nicht nur in den Mitgliederlisten, sondern durchaus in Vorständen. Insofern ist diese Julia Bonk ein Glücksfall für die Linke.

Dennoch – was reitet eine Partei, die in ihren Funktionären doch Lebenserfahrung, fundierte Bildung und schon auch Abgeklärtheit vereinen sollte, sich dem allgegenwärtigen Jugendwahn anzuliefern und

eine 18-jährige zur „jüngsten Berufspolitikerin Deutschlands“ zu machen? Von den verderblichen Diäten für einen Menschen frisch vom Gymnasium gar nicht zu sprechen.

Nur weil sie als nette, politisch auftretende Schülervertreterin in der Öffentlichkeit von sich reden machte, war sie schon reif für eine überaus verantwortungsvolle Aufgabe im Landtag? Wäre einem so jungen Menschen nicht mehr gedient, an der Seite eines Genossen (auch eines Landtagsabgeordneten) Erfahrungen und Wissen zu sammeln, Ausdauer zu beweisen, das heißt nicht zuletzt, eine Berufsausbildung abzuschließen oder ein Studium in der gebotenen Zeit zu absolvieren, um sich reif zu machen als eventueller Volksvertreter? Wieviel junge, und auf Dauer gewiss nicht glückliche Menschen gibt es inzwischen in diesem Land, die finanziell voll von einer Partei abhängig sind, die sich mit Wunsch-„Experten“-Titeln und mit Traumberufsbezeichnungen schmücken?

Hat die PDS im Parteienwettbewerb um den jüngsten Abgeordneten noch kein Lehrgeld zahlen müssen?

Nachwuchs nicht nur fördern

Hoffen wir, dass der jungen Frau konsequente Forderung und Förderung zuteil wird und dass sie intelligent genug ist, beides zu akzeptieren und anzunehmen. Bis das alles Früchte trägt, sind weitere vorschnelle Antworten wie die vor einiger Zeit auf eine Frage der jungen Welt kaum auszuschließen. Die wollte von der Abgeordneten Bonk wissen, ob sie die Auffassung der brandenburgischen PDS-Abgeordneten Carolin Steinmetzer teile, die in der DDR eine unbeschwertere, angst- und sorgenfreie Kindheit erlebte: „Ich halte ihre Formulierungen für unglücklich, weil die Kehrseiten der DDR ausgeblendet werden: die Einschränkungen der Meinungsfreiheit, die Überwachungspraktiken und andere repressive Elemente.“

Ja, ja – so war der Kinder-Alltag.

Leicht beieinander wohnen die Gedanken, / Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Wie weiter zum Thema Drogen?

Wie gesagt, aller Respekt, alles Verständnis vor jugendlichem Sturm und Drang. Alle nur vorhandene Einsicht in die Notwendigkeit, dass junges Denken eine Partei beleben muss. Dominiert darf jugendlicher Überschwang (der manchmal pure Unvernunft oder schlechtes Unwissen ist) nicht. Denn von hier bis zu Überlegungen, die Alten mehr oder weniger von der politischen Parteiarbeit fernzuhalten, ist es kein allzuweiter Weg. Schließlich gab es in diversen PDS-Gruppierungen tatsächlich solche Diskussionen und Anträge.

Die Jugendlichen, die über ein schöneres Leben mit Drogen diskutieren wollten, die auf ihr „Recht auf Rausch“ bestehen und sich gegen jegliche Kriminalisierung des Drogenkonsums wehren – weil Strafen tatsächlich kaum weiterhelfen –, haben ihre Wahltaktik-Lektion gelernt. Dennoch: Ihr Anliegen hat einen sehr ersten Hintergrund: Beschaffungskriminalität, Prostitution, verletzte Menschenwürde ...

Wenn dies kein PDS-Thema ist, was dann? – Cornelia Ernst bestätigte das in ihrer „Absage-Erklärung“.

Warum aber das Pferd vom Schwanz aufzäumen, wie es die PDS-Jugend in ihrem Wahlprogramm tut? Was hat legaler Drogenkonsum mit wirklicher Selbstbestimmung zu tun? Fakt ist doch: Der Rausch geht, die Perspektivlosigkeit aber bleibt.



Heiko Kosel, Linke.PDS zu Merkmals Reise

Der Aufenthalt der CDU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidatin Angela Merkel in Polen könnte den großflächig plakativ versprochenen Wechsel in der Politik nun ganz konkret in der Politik der CDU/CSU gegenüber Polen und Tschechien einleiten. Es wäre aber wohl zu schön, um wahr zu werden. Will Frau Merkel ernsthaft zeigen, dass ihr die deutsch-polnischen Beziehungen am Herzen liegen, dann sollte sie jetzt aus dem Boot der CDU/CSU all das über Bord werfen, was die Beziehungen zu Polen und überhaupt zu den östlichen Nachbarn Deutschlands belastet. Wer allerdings mit dem an die Vertriebenen-Organisation gegebenen Versprechen, sich persönlich und Mittel der Bundesrepublik für ein Vertriebenenzentrum in Berlin einzusetzen, nach Polen reist, führt das denkbar schlechteste politische Reisegepäck mit sich. Entweder die CDU/CSU, und damit auch die sächsische Union mit ihrem belastenden Landtagsbeschluss zur Gültigkeit rechtlicher Regelungen nach 1945 in den Nachbarländern, trennt sich von allen Lesarten des Revanchismus in den Beziehungen zu Polen und Tschechien oder die Reise der CDU-Chefin hat nichts weiter als einige Schlagzeilen gebracht. Gefragt ist ein positiver Beitrag zur Gestaltung der Nachbarschaftsbeziehungen und eine entschiedene Abkehr von jeglichen politischen und materiellen Zusagen und allgemeinen Ermunterungen an revanchistische Kräfte.

Dr. André Hahn, PDS-Landtagsfraktion:

Was frustrierte Osis vom klugen Bayern erwarten

Stoibers Äußerungen offenbaren nicht nur ein äußerst fragwürdiges Demokratieverständnis und anhaltenden Frust über seine persönliche Wahlniederlage von 2002 (hier reagiert der CSU-Chef wie eine beleidigte Weißwurst), sondern zeigen nach der Schönbohm-Entgleisung einmal mehr, dass viele westdeutsche Spitzenpolitiker der Union die Mentalität der Menschen in den neuen Bundesländern bis heute nicht einmal ansatzweise begriffen haben. Wenn es denn stimmt, dass die Ostdeutschen vor drei Jahren die Wahl entschieden haben, dann muss man bei aller Kritik an Schröder feststellen: Es war ein

Segen für den Osten, dass Stoiber damals nicht Bundeskanzler geworden ist.

Wenn nun in zahlreichen Reaktionen eine öffentliche Entschuldigung des bayerischen Ministerpräsidenten angemahnt und gefordert wird, Stoiber müsse seine Aussagen sofort zurücknehmen, so kann ich mich dieser Forderung nicht anschließen, im Gegenteil: Ich bitte den CSU-Chef ausdrücklich, das Gesagte so oft wie möglich zu wiederholen. Eine bessere Wahlwerbung für die Linkspartei.PDS ist kaum vorstellbar, und dies für uns auch noch ganz kostenlos. Danke Edmund!

Anklage gegen Spitzenbeamte im Fördermittelskandal

LN. Der insbesondere auf Drängen der PDS aufgeklärte Fördermittelskandal, der sich um die Dresdner Bildungsgesellschaft *Qualifizierung für Mikroelektronik und Fahrzeugtechnik* (QFM) und den Verkauf des Zentrums für Mikroelektronik durch den Freistaat an die Sachsenring AG Zwickau rankt, hat zu ersten juristischen Konsequenzen geführt. Die Antikorruptionseinheit der Staatsanwaltschaft (INES) erhob Anklage

gegen drei hohe Beamte des sächsischen Wirtschaftsministeriums, darunter den ehemaligen Staatssekretär Wolfgang Vehse. Sie werden der Untreue bzw. der Beihilfe zur Untreue beschuldigt. Die Beschuldigten haben wissentlich EU-Fördermittel für die Qualifizierung Arbeitsloser missbräuchlich für staatliche Finanzmanipulationen eingesetzt und dabei einen Schaden in Höhe von 13,7 Millionen Mark verursacht.

Schommer scheidet vor Gericht

LN. Richter des Landgerichts Dresden wiesen eine Beschwerde des früheren sächsischen Wirtschaftsministers Schommer (CDU) gegen die Durchsuchung seines Privathauses im Zusammenhang mit der sogenannten Berateraffäre zurück. Die Aktion, bei der Ermittler des Landeskriminalamtes zahlreiche Akten beschlagnahmten, sei rechtmäßig gewesen. Es habe ausreichend Anhaltspunkte für die vermutete Beihilfe zur Untreue gegeben. Schommer bestreitet, 600 000 Euro unrechtmäßig kassiert zu haben.

Polizeiliche Erfassung Homosexueller beenden!

LN. Die PDS-Landtagsfraktion hat gefordert, in polizeilichen Informationssystemen Sachsens sofort auf die Erfassung der homosexuellen Orientierung von Menschen zu verzichten, und dazu einen Antrag in den Landtag eingebracht. Die innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Dr. Cornelia Ernst, und der Verfassungs- und Rechtspolitische Sprecher, Klaus Bartl, nannten diese Da-

tenerfassung einen „dramatischen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, der die Möglichkeit der Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung schafft“. Sie weisen darauf hin, dass andere Bundesländer bewusst auf die polizeiliche Erfassung der Homosexualität verzichten, während der Sprecher des sächsischen Innenministeriums diese

skandalöse Praxis – unter Verweis auf einen „ausgewählten Benutzerkreis“ – verteidigt. Der Antrag verlangt, entsprechende Daten nicht zu erfassen und zu verarbeiten, aus den Informationssystemen der Polizei die betreffenden Begriffe und Kürzel herauszunehmen sowie die Systeme entsprechend zu überarbeiten. Er verweist auch auf einschlägige Regelungen in der EU-Datenschutzrichtlinie..

Schützte die Pirnaer Polizei Rechts-extremisten?

LN. Die im ARD-Magazin „Kontraste“ erhobenen schweren Vorwürfe gegen Polizisten aus dem Landkreis Sächsische Schweiz, rechtsextremistische Gewalttaten nicht verfolgt zu haben, waren für die Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS Anlass, eine unverzügliche Aufklärung zu verlangen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer, Dr. André Hahn, äußerte dazu: „Ich bin überzeugt davon, dass der überwiegende Teil der Pirnaer Polizei seine gesetzmäßigen Aufgaben ordnungsgemäß und gewissenhaft erfüllt. Ich kann und will nicht glauben, dass Polizeibeamte aus der Region heimlich oder gar offen mit Neonazis sympathisieren“, aber gerade deshalb müssten die Vorwürfe untersucht und möglichst restlos aufgeklärt werden. Die PDS-Fraktion hat dazu einen umfassenden Berichtsantrag in den Landtag eingebracht, in dem die Staatsregierung zu einer Stellungnahme aufgefordert wird.

Vorwürfe, dass Polizeibeamte aus Pirna und Umgebung rechte Straftaten decken, hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben. Mehrfach wurden offenkundig rechtsextremistische Gewalttaten als einfache Körperverletzung oder Hakenkreuz-Schmierereien als bloße Sachbeschädigung erfasst und bearbeitet. In den offiziellen Statistiken des Innenministeriums tauchen diese dann nicht als extremistische Straftaten auf. Auch wurden zu Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz Polizeikräfte von außerhalb eingesetzt, weil Warnungen seitens der Pirnaer Polizei befürchtet wurden.

9. August

Dresden. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz kritisiert die unzureichenden Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser an der Elbe und ihren Nebenflüssen. Bund und Länder hätten einseitig in den technischen Hochwasserschutz und zu wenig in natürliche Überschwemmungsflächen investiert.

Dresden. Die Verbraucherzentrale Sachsen prüft derzeit eine Sammelklage gegen zwei große Energieunternehmen im Freistaat. Ihr liegen rund 500 Schreiben verärgelter Gaskunden vor, die sich an einer Klage beteiligen wollen. Auch die Landeskartellbehörde prüft die Preissteigerungen von teilweise 16 Prozent.

11. August

Dresden. Die Polizei verhindert mit mehr als 50 Polizisten einen Angriff rechtsradikaler Jugendlicher auf das alternative Jugendzentrum „AZ Conni“ im Stadtteil Neustadt.

12. August

Berlin. Der Bundeswahlausschuss lässt die im März gegründete Wendische Volkspartei wegen Formfehlern nicht zur

SACHSEN-CHRONIK

9. bis 22. August

Bundestagswahl am 18. September zu.

14. August

Dresden. Beim Petitionsausschuss des Landtags gehen in diesem Jahr rund 20 Prozent mehr Ersuchen von Bürgern ein als im Vorjahr, teilt die Ausschussvorsitzende, Bettina Simon, mit. Schulschließungen und Hartz IV sind die vorrangigen Themen.

15. August

Kamenz. Das Statistische Landesamt informiert, dass das Durchschnittsalter der Bevölkerung Sachsens weiter gestiegen ist. 2004 betrug es 44,4 Jahre (1990: 39,4). **Görlitz.** Im Dorf Kromlau bei Görlitz tötet ein 35 Jahre alter Sexualtäter eine 15-jährige Schülerin.

16. August

Dresden. Während Sachsens Wirtschaftsminister Jurk die von Bundeskanzler

Schröder in Aussicht gestellte Angleichung des Arbeitslosengeldes II in Ostdeutschland an das Westniveau begrüßt, lehnt der sächsische CDU-Generalsekretär Kretzschmar, eine Neuregelung ab.

17. August

Dresden/Leipzig Staatsanwaltschaften teilen mit, dass Gerichte gegen mehrere Angeklagte erstmals Freiheitsstrafen wegen des Missbrauchs von Hilfsgeldern nach der Flut im August 2002 verhängen. Die Sächsische Aufbaubank stellte bisher 61 Strafanträge und fordert 81 Millionen Euro zurück. Mehr als 20 000 der 72 000 Förderanträge sind noch nicht geprüft.

Dresden. In Sachsen sind bundesweit die höchsten Gaspreise zu zahlen, wie der Verband Sächsischer Wohnungsunternehmen mitteilt. An der Spitze liegen die Stadtwerke Dresden und die Gasversor-

gung Sachsen Ost. Neun der 40 Gasversorger stehen in Verdacht, überhöhte Preise zu verlangen. Das Wirtschaftsministerium hat eine Prüfung veranlasst.

Dresden. Der Staatsanwalt der sächsischen Antikorruptionseinheit INES, Andreas Ball, ist versetzt worden. Er leitete u. a. die Ermittlungen gegen Ex-Minister Kajo Schommer und zum Fördermittelbetrug um die Weiterbildungsfirma QMF. MdL Klaus Bartl (Linke.PDS) verlangt Aufklärung.

18. August

Kamenz. Der CDU-Landtagsabgeordnete Henry Nitzsche bewirbt sich in seinem Wahlkreis um ein Bundestagsmandat mit dem NPD-Slogan „Arbeit, Familie, Vaterland“.

19. August

Dresden. Der Landeswahlausschuss lässt die Landeslisten aller 20 zur Bundestagswahl am 18. September angetretenen Parteien zu.

Leipzig. Zum vierten Mal öffnet die *Games Convention*, die mit 280 Ausstellern aus 15 Ländern europaweit größte Messe für Computerspiele.

Die Bodenreform im Osten Deutschlands wurde am 2. September 1945 mit einer machtvollen Kundgebung im mecklenburgischen Kyritz eingeleitet, auf der Wilhelm Pieck, Vorsitzender der KPD, das Programm für die Verwirklichung dieser historischen Reform darlegte. Am 3. September 1945 erließ die Verwaltung der Provinz Sachsen die erste Verordnung über die Durchführung der Bodenreform. In den folgenden Tagen wurden inhaltlich gleichlautende Verordnungen in Brandenburg, Mecklenburg, Thüringen und im Land Sachsen verkündet.

Bereits 1942 hatte Edwin Hoernle (KPD) im sowjetischen Exil einen Entwurf für eine Bodenreformverordnung ausgearbeitet und später, am 4. Februar 1945, das Dokument „Die Agrarpolitik des Blocks der kämpferischen Demokratie“ vorge-

Von **KURT SCHNEIDER**

legt. Daran anknüpfend, hieß es in der Verordnung vom 3. September 1945: „Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muss die Liquidierung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker war.“

Durch diese Reform, die Bestandteil eines revolutionär-demokratischen Konzepts zur grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft war, sollte der jahrhundertalte Traum der landarmen Bauern und Landarbeiter von der Übergabe des Großgrundbesitzes in ihre Hände erfüllt werden. Dabei handelte es sich um den Vollzug einer unerfüllt gebliebenen For-



derung der bürgerlich-demokratischen Revolution, die jetzt im Bündnis mit der Arbeiterklasse und deren allseitigen Unterstützung Wirklichkeit werden sollte. Enteignet wurde der Großgrundbesitz über 100 Hektar und – unabhängig von der Größe der Wirtschaft – der gesamte Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Naziführer mit allen Gebäuden, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen. Unter den enteigneten Gütern befanden sich solche Latifundien wie die Besitzungen des Herrn von Putbus mit 18 500 Hektar, des Herrn von Schwerin mit 16 682 Hektar, des Grafen von Arnim mit 15 800 Hektar, des Fürsten von Schönburg-

Vor 60 Jahren

Beginn der demokratischen Bodenreform

Größtes Existenzgründerprogramm aller Zeiten



Waldenburg mit 10 588 Hektar. Von der Enteignung ausgenommen waren u.a. das Gemeindeland, der Grundbesitz landwirtschaftlicher Genossenschaften und der Grundbesitz der Klöster, Bistümer und Kirchen.

Die Durchführung der Bodenreform vor Ort lag in den Händen der landarmen Bauern, Landarbeiter und Umsiedler selbst, die dafür aus ihrer Mitte Gemeindekommissionen wählten, denen insgesamt 52 292 Männer und Frauen angehörten. Die Bodenverteilung selbst erfolgte in festlicher Form. Freudentränen flossen, die Menschen feierten dieses Ereignis im Bewusstsein, in den Dörfern waren die Häuser und Straßen festlich geschmückt und überall konnte man lesen „Junkerland in Bauernhand!“ und „Stadt und Land – Hand in Hand!“ Seit dem Großen Deutschen Bauernkrieg war auf dem Lande keine derartige revolutionäre Bewegung vollzogen worden. Doch zugleich verschärfen sich die politischen Auseinandersetzungen. Die Junker, Großgrundbesitzer und Naziaktivisten hatten zwar die Annahme der Bodenreformgesetze nicht verhindern können, aber sie versuchten, ihre Durchführung zu sabotieren. So versuchten sie, ihre Güter unter ihren Verwandten aufzuteilen, Vieh zu töten, Maschinen und Saatgut unbrauchbar zu machen. Mit Drohungen sollten Bauern, Landarbeiter und Umsiedler eingeschüchert und abgehalten werden, sich um Land zu bewerben. Die nach dem Westen geflohenen Enteigneten führten von dort aus den Kampf gegen die „Zone“, wofür ihnen jedes Mittel recht war. Sie hofften, zu einem späteren Zeitpunkt ihren Besitz zurückzubekommen.

Ihnen zur Seite stand vor allem die CDU, die insbesondere auf Funktionäre der Ost-CDU einwirkte, sich gegen den Vollzug der Bodenreform zu stemmen. Dem dienten zum Beispiel die Vorstöße von Andreas Hermes, Walther Schreiber u. a.,

die – wenn auch mit Unterstützung der SMAD – deshalb aus der Führung der Ost-CDU ausgeschlossen wurden.

Nach dem Beitritt der DDR zur BRD fehlte es nicht an Bestrebungen, die Bodenreform rückgängig zu machen. Dem entgegen stand jedoch vor allem das „Gesetz über die Rechte der Eigentümer von Grundstücken aus der Bodenreform“, angenommen von der Volkskammer der DDR am 6. März 1990 und am 16. März 1990 in Kraft gesetzt. Mit ihm sollte eindeutig

durch dieses Gesetz als uneingeschränkte Eigentümer bestätigten Erben genossen ab 3. Oktober 1990 den Schutz des Art. 14 GG.

Doch in Missachtung dieser Rechtslage wurden schließlich durch eine „Nachzeichnung“ des DDR-Rechts erfolgreich die aus der Bodenreform stammenden Grundstücke zugunsten der Bundesländer zurückgefordert. Dazu wurde der juristisch unbekannte Begriff der „Besserberechtigung“ eingeführt. Das heißt, das Land war dank einer sehr anfechtbaren Konstruktion „besserberechtigt“ als der Erbe des Bodenreformereigentümers. Damit wurde nach der von der DDR bewusst gewollten Aufhebung des Bodenreformfonds – in den Bodenreformland kam, wenn die Erben es nicht landwirtschaftlich nutzten – erneut ein solcher Fonds geschaffen. Im Klartext. Es wurden tausende Erben von Bodenreformland in den neuen Bundesländern zwangsenteignet. Hauptbegünstigter dieser Regelung war der jeweilige Landesfiskus.

Der BGH musste sich in zwei Beschlüssen mit dieser Materie befassen, sah jedoch keinen verfassungsrechtlichen Grund zur Beanstandung einer solchen praktizierten Regelung. Der Volkskammer wurde unterstellt, „Regelungslücken“ bei der vollen, sofortigen und uneingeschränkten Anwendung des Erbrechts nicht erkannt zu haben und über das Regelungsziel hinausgegangen zu sein. Weiterhin ist von einem „gesetzlichen Versehen der Volkskammer“ sowie von „Unvollständigkeit“ des Gesetzes vom 6. März 1990 die Rede. Damit wurde die Zwangsenteignung der klagenden Neubauern-Erben gerechtfertigt. Herzinfarkte, totale Verschuldungen durch Gerichtskosten und Selbstmorddrohungen waren die Folge. Dennoch gingen einige der in der BRD enteigneten Erben vor den Europäischen Gerichtshof. Der entschied zu Gunsten der Bodenreform-Erben. Ein Urteil, das nach den Worten des mit Klagen zwangsenteigneter Neubauer-Erben befassten Leipziger Rechtsanwaltes Dr. Roland

Im Ergebnis der Bodenreform wurden mehr als 2 Millionen Hektar Land an über 300 000 Landarbeiter und Bauern verteilt:

	Gesamtanzahl	Gesamtfläche in ha	Durchschnittl. Größe in ha
Landlose Bauern und Landarbeiter	119 121	932 487	7,8
Landarme, Bauern	82 483	274 818	3,3
Umsiedler	91 155	763 596	8,4
Kleinpächter	43 231	41 661	1,0

Außerdem erhielten 180 000 nichtlandwirtschaftliche Arbeiter, Handwerker, Angestellte und andere durchschnittlich je 0,5 Hektar zu Gemüseanbau und Altbauern eine Waldzulage von durchschnittlich 1,5 Hektar.

klargestellt werden, dass sich das aus der Bodenreform erlangte Grundeigentum nicht von anderem Grundeigentum unterschied. Dementsprechend hieß es in der vom Minister für Land-, Forst- und Nahrungswirtschaft im Plenum der Volkskammer gegebenen Begründung: „Die auf diesem Wege erworbenen Eigentumsrechte sind rechtlich umfassend zu schützen und entsprechend den sich verändernden Bedingungen auszubauen. Dazu gehört auch die rechtliche Gleichstellung des Bodenreformereigentums mit anderen Formen des bäuerlichen Eigentums, des sogenannten Alteigentums der Bauern.“ Damit war klargestellt, dass es keinen staatlichen Bodenreformfonds, keinen Fonds aus Eigentum an Grund und Boden aus der Bodenreform mehr gab! Die

Wötzel eine „Ohrfeige für die Rechtsordnung in Deutschland“ war.

Ein verfrühter Jubel. Die Bundesregierung legte Revision ein (und was sie sonst noch tat, ist nicht bekannt). Die hohe Entschädigungssumme, die sie den unrechtmäßig enteigneten einstigen DDR-Bürgern hätte zahlen müssen, ließ diese Lösung für sie auf keinen Fall nicht zu. Der Revision wurde stattgegeben. Das von der BRD geschaffene Unrecht ist nunmehr rechtmäßig.

Der Kampf gegen die Abwicklung der Bodenreform und damit gegen die Enteignung der Neubauern-Erben muss auf nationaler Ebene dennoch weitergehen. Der BGH bleibt aufgefordert, vorurteilsfrei die Korrektur einer von der Rechtsstaatlichkeit abweichenden Rechtsprechung vorzunehmen.

Im sächsischen Landtag hielt Georg Milbradt am 8. Mai 2005 die „Gedenkrede“, nachdem er schon am 25. April 2005, dem 60. Jahrestag der „Begegnung an der Elbe“ aufgetreten war. Interessant vor allem ein Aspekt: Wie ging Milbradt mit dem Vermächtnis der Antifaschisten und dem völkerrechtlichen Auftrag der Antihitlerkoalition um: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! In Torgau erwähnte er dieses Vermächtnis, relativierte aber sofort: „Denn dieser Satz diene der DDR als staatslegitimierend. Der Antifaschismus rechtfertigte erneute Unfreiheit, Unterdrückung und Verfolgung, diesmal im Namen der kommunistischen Ideologie.“ Seine Folgerung: „Antifaschismus, oder historisch korrekt formuliert: Antinationalsozialismus allein kann also nicht die Antwort sein.“

Da hat unsereins umzulernen. Nicht Begriffe wie Faschismus / Antifaschismus seien „historisch korrekt“, sondern Natio-

Der sächsische Ministerpräsident und der „verordnete“ Antifaschismus

nalsozialismus/Antinationalsozialismus. Hört jemand Goebbels kichern? Das Wort Nationalsozialismus, das die Faschisten aus demagogischen Gründen zur Tarnung ihrer antinationalen und antisozialistischen Politik erfanden, wird jetzt zur Messlatte für political correctness in Sachsen. Wie die BRD mit dem Vermächtnis der Antifaschisten umgegangen ist, fragt Milbradt mit keinem Wort.

Was die Unterdrückung und Verfolgung betrifft: Der Antifaschismus rechtfertigt keine Willkür, aber er ermächtigt zu Handlungen, die Faschisten und Kriegstreibern das Handwerk legen. Dazu gehörte in Sachsen der Volksentscheid vom 30. Juni 1946 über die Enteignung von Kriegs- und Naziverbrechern, den alle Parteien (auch

die CDU) und die Bischöfe der Kirchen unterstützt hatten. In der Tat: Die Flick und Krupp waren „unterdrückt“ bis ihre Erben Sachsen wieder „befreiten“.

Was die Vorwürfe an die Adresse der DDR betrifft: So lange sie existierte, war sie eine Bastion des Friedens und der Völkerverständigung. Das muss Milbradt nicht wissen, aber es bleibt trotzdem Tatsache. Milbradts Redenschreiber brachte die schon zitierten Sätze aus der Torgauer Rede in der Landtagsrede unter, setzte jedoch einige zusätzliche Akzente. So erwähnte er das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 und den Film über Sophie Scholl und „Die Weiße Rose“. Darüber erfuhren DDR-Schüler seit Jahrzehnten. Für die DDR und ihre Erinnerungskultur galt: „Wer

auch nur einen Finger gegen Hitler und den Krieg gerührt hat, aus welchem Motiv und mit welchen Zukunftsabsichten auch immer, er gehört in die Ahnengalerie der deutschen Geschichte.“ (Karl-Eduard von Schnitzler)

So großzügig und „politisch korrekt“ ist Georg Milbradt nicht. Für ihn existieren der Arbeiterwiderstand und die Kämpfe zur Verhinderung des Faschismus vor 1933 nicht. Warum wohl?

Vielleicht waren auch Milbradts Wahrheiten nur eine subjektiv gefärbte und von bestimmten politischen Kräften gewünschte Sicht auf die Geschichte. Für diesen Fall sollten wir uns Abraham Lincolns erinnern: „Man kann alle Leute einige Zeit zum Narren halten und einige Leute allezeit; aber alle Leute allezeit zum Narren halten kann man nicht.“

Sollte das in Sachsen anderes sein?

• H. SCHNEIDER

Ein biblischer Ratschlag für die „Sächsischen Gedenkstätten“

Nach Lukas 6 sagte Jesus in seiner Feldrede:

Warum kümmerst du dich um den Splitter im Auge deines Bruders und bemerkst nicht den Balken in deinem eigenen? Wie kannst du zu deinem Bruder sagen: „Komm her, Bruder, ich will dir den Splitter aus dem Auge ziehen, und merkst gar nicht, dass du selbst einen ganzen Balken im Auge hast? Du Scheinheiliger, zieh erst den Balken aus deinem Auge, dann kannst du dich um den Splitter im Auge deines Bruders kümmern.“

Sachsen spielt die unrühmliche bundesweite Vorreiterrolle für eine Gedenkstättenpolitik, die mit der Gleichsetzung der „zwei Diktaturen“ – des Faschismus und der Diktatur des Proletariats in der DDR – Wasser auf die Mühlen der Neonazis leitet. Längst hat der an antifaschistischen Gedenkstätten wie Dresden, Bautzen, Waldheim oder Torgau verübte reaktionäre Missbrauch weit über die Freistaatsgrenzen hinaus Wellen der Entrüstung geschlagen, hat die Debatte europäische Dimensionen angenommen. Länder, die unter dem Nazi-Regime unzählige Opfer zu beklagen hatten, beobachten entsetzt, wie in Sachsen jüngste Geschichte aufgearbeitet wird.

Nicht einmal der spektakuläre Austritt der NS-Opferverbände (Zentralrat der Juden in Deutschland, VVN-BdA Landesverband Sachsen, Sinti und Roma, Opfer der NS-Militärjustiz, Dr. Margarete-Blank-Gedenkstätte, Jüdische Gemeinde Dresden) aus den Gremien der sächsischen Gedenkstättenstiftung vom Januar 2004 hat in irgendeiner Weise zum dringend notwendigen Kurswechsel geführt. Schlimmer, am 4. Mai 2004 brachte die CDU-Fraktion die Drucksache 15/3048 in den Bundestag ein, die am 17. Juni 2004 (!) bundesdeutsches Gesetz werden sollte: „Der Bundtag wolle beschließen
Zu den konstitutiven Elementen des wiedervereinigten Deutschland gehört das Gedenken an die Opfer der beiden totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts: Nationalsozialismus und Kommunismus. Beide sind Bestandteile der deutschen Geschichte. Sowohl die nationalsozialistische Herrschaft von 1933 bis 1945 als auch die kommunistische Diktatur von 1945 bis 1989 sind Kapitel unserer Nationalgeschichte.“

Das sächsische Modell war Grundlage dieses vorerst doch noch gescheiterten Gesetzentwurfes. Jetzt will man sich im europäischen Rahmen abstimmen, ehe weitere Angriffe gestartet werden. LN-Autor Prof. HORST SCHNEIDER aus Dresden legte jetzt in der Spotless-Reihe der Gegenwartsanalysen „Erinnerungsschlacht ohne Ende“ Anmerkungen zum Streit um die aktuelle deutsche Gedenkstättenpolitik vor, die an Brisanz kaum zu überbieten sind. Nebenstehend eine (meist wortgetreue) Zusammenfassung des Inhalts dieser Schrift.

SACHSENS FIASKO – Ende nicht in Sicht

Der Streit um die Gedenkstättenkultur ist gar kein Streit um die Vergangenheit, sondern um das Bild der Vergangenheit, das Geschichtsbild. Und dieses Bild ist in der BRD „staatlich verordnet“. Schon im Oktober 1990 erschien mit einem Vorwort des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble, in der Reihe „Texte zur inneren Sicherheit“ das Buch „Bedeutung und Funktion des Antifaschismus“. Schäuble schlussfolgerte, der Antifaschismus sei in der DDR als Integrationsideologie benutzt und in den alten Bundesländern als Mittel zur Bündnisfähigkeit in der Friedensbewegung eingesetzt worden. Kurz, der Antifaschismus sei in Ost und West missbraucht und instrumentalisiert worden. Er müsse verschwin-

den. Als Musterschüler der reaktionärsten DDR-Abwickler sorgten Heitmann und Co. zunächst dafür, dass in die Präambel der sächsischen Verfassung vom 27. Mai 1992 die Standardformel der Totalitarismuskonzeption über die „leidvollen Erfahrungen nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft“ aufgenommen wurde.

Die Angst vor Sozialismus und Kommunismus, vor DDR und Sowjetunion wurde bewusst geschürt und fand in der Konzentration auf den „Stalinismus“ das Zauberwort, das den Sozialismus geradezu zum Synonymwort von Verbrechen machte. Etwas in der Sowjetunion historisch bedingtes, ein keineswegs an den Sozialismus gebundenes Phänomen,

wird zum Wesen erklärt. Indem eine Seite der Geschichte der UdSSR die Gewaltanwendung in ungerechtfertigten Fällen, zum Wesen gemacht wird, verwandelt sich der Sozialismus in eine teuflische Angelegenheit.

Dachau verweigert sich „doppelter“ Vergangenheit

Da die Verantwortlichen für die Gedenkstätten(un)kultur in Sachsen so erpicht auf Vergleiche sind, die die Richtigkeit der „Totalitarismuskonzeption“ beweisen sollen, liegt es nahe zu fragen, wie in den alten Bundesländern mit Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit“ umgegangen wurde. Vielleicht wäre da zu lernen.

Fortsetzung Seite 9



Luftaufnahme: 300 000 deutsche Kriegsgefangene vegetierten allein in diesem Rhein-Lager unter freiem Himmel.

Fotos: www.rheinwieslager.de

Fortsetzung von Seite 9

Gewählt sei als Beispiel des Vergleichs (was nicht Gleichsetzung bedeutet) Dachau.

In Dachau hatten die Faschisten das erste Konzentrationslager errichtet. Anfang Juli 1945 funktionierte die amerikanische Besatzungsmacht das Ex-Konzentrationslager Dachau zum *war crimes Enclosure* (Lager für Kriegsverbrecher) mit einer Kapazität von 30 000 Häftlingen um. Bis zum 23. Juli waren bereits 8675 SS-Männer interniert. Am 13. Dezember wurden im ersten Lager-Prozess 36 Todesurteile ausgesprochen, von denen 28 vollstreckt wurden. Im Januar 1947 übernahmen deutsche Behörden das Lager und lösten es auf.

Es begann die jahrelange Auseinandersetzung zwischen Behörden, die anstrebten, dass „jede Erinnerung an das KZ verschwinden sollte“ und Antifaschisten, die sich „dem Verdrängungswunsch der Behörden“ widersetzen. Mit seinem Wirken für die Gedenkstätte erregte der Dachauer Stadtpfarrer Leonhard Roth den Zorn vieler Politiker und seiner Kirchenoberen. 1960 wurde er zunächst zwangsbeurlaubt, dann seines Amtes enthoben. Am 24. Juni beging er Selbstmord.

Die Errichtung der Gedenkstätte, deren Einweihung schließlich im Mai 1965 erfolgte, war jedenfalls nicht das Ergebnis eines „staatlich verordneten“ Antifaschismus.

Nun bleibt nur die Frage: Wie gehen die Mitarbeiter der Gedenkstätte Dachau mit der Tatsache um, dass es dort ab Juli 1945 das Internierungslager der US-Armee gab?

Dr. Gabriele Hammerstein von der Gedenkstätte antwortete Prof. Horst Schneider auf diese Frage: „Aus naheliegenden Gründen gibt es kein Denkmal für die Gefangenen des Internierungslagers Dachau. Wie Sie wissen, dienten in der US-amerikanischen Besatzungszone ehemalige Gefangenenlager (Moosburg), ehemalige Konzentrationslager (Dachau) und Kasernen (Garmisch-Partenkirchen) als Internierungslager. Dabei hatte Dachau eine besondere Funktion, da es als Kriegsverbrecherlager verwendet wurde. Bei den Gefangenen handelte es sich zum überwiegenden Teil um Angehörige der SS und KZ-Personal. Als Folge des sich abzeichnenden Kalten Krieges löste man das Internierungslager Dachau 1948 auf. Somit wurden gerade die schwerbelasteten Gefangenen, deren Überprüfung man vor den Lagerspruchkammern ursprünglich zuletzt vornehmen wollte, auf freien Fuß gesetzt.“

Gebeine von Toten missbraucht

Wichtige Rechtsgrundlage der Internierungen, der Prozesse und Verurteilungen von Nazi- und Kriegsverbrechern war das Potsdamer Abkommen der Siegermächte. Es legte auch die Einrichtung von entsprechenden Lagern in Ost und West fest. Dass diese Lager, sofern sie sowjetischen Organen unterstanden, heute häufig als Konzentrationslager bezeichnet werden, beweist ihre politische Instrumentalisierung. Bautzen beispielsweise fungierte zwischen 1945 und 1950 als Speziallager Nr. 4 der sowjetischen Be-

satzungsmacht.

Erstaunlicherweise spielten die unter Leitung des anerkannten Historikers Plato erarbeiteten Forschungsergebnisse auf den 15 Tagungen des Bautzen-Komitees kaum eine Rolle, sondern nur noch die Verurteilung der „sowjetischen Verbrechen“.

Ein Höhepunkt (aus anderer Sicht ein Tiefpunkt) war die Einweihung einer Gedenkkapelle zum Gräberfeld Bautzen im Mai 2000. Der Vorsitzende des Bautzen-Komitees führte dort – im Beisein Biedenkopfs – u.a. aus:

„Heute bei dieser Einweihung sehen wir ein Gräberfeld, welches den An-



DAS WAR EINMAL die 1959 in Dresden, Münchner Platz, eröffnete „Mahn- und Gedenkstätte zu Ehren des antifaschistischen Widerstandskampfes“. 1986 wurde sie durch ein Museum ergänzt – und 1996 „aufgrund seiner Mängel“ geschlossen, um Platz machen für Ausstellungen zur „politischen Strafjustiz und ihren Opfern im Justizkomplex“.

Mehr als 1300 Menschen aus vielen europäischen Ländern wurden hier durch die Fallschwertmaschine hingerichtet, unter ihnen auch die Mitglieder der Leipziger Gruppe Georg Schumann. Diese Opfer werden heute gleichgesetzt mit 23 Anfang der 50er Jahre Hingerichteten. Für 15 dieser jetzt als „Opfer des Stalinismus“ Gehörten konnte Prof. Schneider in seinem Buch „Todesurteile am Münchner Platz“ die Urteile aus zugänglicher Literatur zitieren. Es waren Spione, Brandstifter und Saboteure (heute nennt man sie Terroristen) und andere Straftäter, für deren Delikte in der DDR die Todesstrafe angedroht war. Sie sind nach gültigem Gesetz von zuständigen Richtern verurteilt worden. Nie vor 1990 hat die BRD in UN-Gremien die Urteile als Unrecht in die Debatte gebracht.

fang im Jahr 1945 nahm. Aber nicht als Gräberfeld, sondern als Massengräber, wo die Leichen auch noch mit Chlor übergossen wurden. Im Jahr 1992 suchte die Bundeswehr nicht mehr nach den Leichen, sondern nur noch nach Knochen. Nach genauer Untersuchung wurde festgestellt, dass es sich hierbei um 189 Menschen handelte. Nach den letzten Erkenntnissen sind in Bautzen – nachweisbar durch Namen – 3653 Menschen von der Sowjetmacht bis 1950 auf dem Karnickelberg verscharrt wurden. Die Zahl wird noch weitaus höher sein, aber es fehlen die Totenlisten. Zu erwähnen sei noch, dass nach der Übernahme von

der Volkspolizei ab März 1955 noch 26 Tote auf dem Karnickelberg verscharrt wurden, bewiesen durch Unterlagen der Volkspolizei. Insgesamt starben bei der Volkspolizei bis 1956 nachweisbar 289 Menschen.“

Da am Karnickelberg im April 1945 noch Abwehrkämpfe der Naziwehrmacht stattfanden, fragte Prof. Schneider Frau Dr. Klewin schriftlich, ob es verbürgt sei, dass es sich um Häftlinge handelt. Sie antwortete am 21. April 2004: „... hinsichtlich der Skelette auf dem ‚Karnickelberg‘ kann ich Ihnen lediglich mitteilen, dass es meines Wissens nie eine gerichtsmmedizinische Untersuchung gegeben hat. Laut Inschrift auf der heutigen Gedenkstätte ‚Karnickelberg‘ wurden die Gebeine von 248 Toten gefunden. Nach unseren Recherchen auf der Basis sowjetischer Akten verstarben im Speziallager jedoch rund 3000 Menschen. Als Todesursache wird in den sowjetischen Akten pauschal *Dystrophie* oder auch *Tuberkulose* angegeben. Wir setzen das in Relation zu den ebenfalls aus dem Russischen Staatsarchiv überlieferten Berichten über die mangelhafte hygienische Situation im Speziallager: Somit kann aus unserer Sicht sehr wohl davon gesprochen werden, dass eine große Anzahl Speziallagerhäftlinge durch die Haftbedingungen ums Leben kam. Allerdings ist das durch die Suchgrabung von 1994 nicht erwiesen.“

Obwohl also durch keine gerichtsmmedizinische Untersuchung erwiesen ist, um welche Toten es sich handelt, werden sie unter „Opfer des Stalinismus“ subsumiert. Prof. Schneider setzte sich in der hier zusammengefassten Broschüre ausführlich auch mit dem auseinander, was nach 1950 in Bautzen geschah, beziehungsweise doch nicht geschah; damit, wie den wenigen Überlebenden des ehemaligen Militärgefängnisses der Nazis in Torgau ein Mahnmal verweigert wird, aber Henker geehrt werden und wie im Museum auf Schloss Hartenstein die Geschichte umgelogen wird (was das Fass zum Überlaufen gebracht und den Austritt der NS-Opferverbände aus der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Folge hatte).

Prof. Schneider berichtet über die in Waldheim verurteilten Nazi-verbrecher und die von der Bundesrepublik verurteilte Richterin, die die Prozesse damals führte. Oder: Pirna-Sonnenstein, Symbol für die Euthanasie der Nazis, ist für Sachsen kein „Ort des Erinnerns“, wohl aber als Ort des „Missbrauchs der DDR-Psychiatrie“ angeklagt worden – mit kläglichem Ende für die Siegerjustiz und für den Ankläger Heinz Eggert. Recherchen, die für sich sprechen.

• **Zusammengestellt von M. WARTELSTEINER nach:** Horst Schneider: *Erinnerungsschlacht ohne Ende. SPOTLESS-Verlag Berlin 2005, 96 S. 5,10 Euro*

Nach ihrer Rhein-Überquerung im März 1945 beschlagnahmten die Amerikaner entlang des westlichen Rheinufer weiträumige Flächen, umzäunten sie mit Stacheldraht und trieben in wachsender Zahl die deutschen Gefangenen hinein, darunter Verwundete und Amputierte. Frauen, Kinder und alte Leute. Vor allem nach Kriegsende, ab 8. Mai 1945, trafen täglich Landser, in verschlossenen Viehwaggons und auf Lastwagen zusammengepfercht, ein, um dann wie Müll hinter die Stacheldrahtzäune gekippt zu werden. Manche der Gefangenen waren da schon nicht mehr am Leben. Dazu kamen alle die, die vor den Russen in den Westen flohen, weil sie sich von den Westmächten eine menschlichere Behandlung erhofften. Zusätzlich wurden Zivilisten, die in der Partei, im Staat oder in der Wirtschaft führende Stellungen innehatten,

DIE RHEINWIESENLAGER

unter „automatic arrest“ gestellt und ohne Verfahren mit den Kriegsgefangenen in die Lager getrieben.

Die Zustände in den Lagern dürften hinreichend bekannt sein, dennoch seien die wichtigsten Fakten wiederholt:

Die Gefangenen wurden weder bei Einlieferung noch während des Aufenthaltes registriert. Die Lager wurden von allen Seiten bewacht, nachts mit Flutlicht. Wer fliehen wollte, wurde sofort erschossen. Geschossen wurde zuweilen auch ohne ersichtlichen Anlass mitten in die Menge der Gefangenen. Die hausten trotz Kälte, Regen und Schneeregen ohne Obdach auf nacktem Boden, der sich bald in eine unergründliche Schlammwüste verwandelt hatte. Unterkünfte zu errichten, war verboten. Zelte, in den deutschen und amerikanischen Depots reichlich vorhanden, wurden nicht verteilt. Wer sich ein Erdloch grub, um vor der schlimmsten Kälte geschützt zu sein, musste es wieder zuschütten. Mitunter walzten Bulldozer die Erdlöcher samt den darin vegetierenden Gefangenen zu.

Waschgelegenheiten fehlten. Latrinen, über Gruben gelegte Balken, gab es meist in der Nähe der Zäune, von außen einsehbar.

Anfangs gab es weder Nahrung noch Wasser, trotz überreich gefüllter Depots. Später erhielten die Gefangenen aus den US-Vorräten Ei- und Milchpulver, Kekse, Blockschokolade, Kaffeepulver, jedoch noch immer kaum Wasser, so dass zu dem Hunger schwere Darm-erkrankungen kamen.

Der Bevölkerung war bei Todesstrafe verboten, die Gefangenen mit Nahrung zu versorgen. Wer dennoch versuchte, den hungrigen Gefangenen über den Lagerzaun etwas zukommen zu lassen, wurde vertrieben oder erschossen.

Nicht einmal das Internationale Rote Kreuz durfte in die Lager.

Schwerkranke und Sterbende erhielten unzureichende oder überhaupt keine Versorgung, während nahe gelegene Krankenhäuser und Lazarette ungenutzt blieben.

Weitere Information über die „Rheinwiesenerlager“ bietet das Standardwerk des Kanadiers James Bacque, „Der geplante Tod“, 8. Auflage, Berlin, 1999.

Bacque weist mit Dokumenten und Zeugenaussagen nach, dass in den amerikanischen und später in den französischen Gefangenen- und Arbeitslagern zusammen 800 000 bis eine Million Menschen zu Tode kamen. Etwa drei Viertel der Toten lastet Bacque den Amerikanern an, also an die 750 000. Die tatsächliche Zahl dürfte entschieden höher liegen. Siehe oben, die Amerikaner hatten die Gefangenen nicht registriert.

Die US-Geschichtsschreibung spricht von ca. 5000 Toten der Rheinwiesenerlager. Die offizielle Geschichtsschreibung in Deutschland schließt sich dem an: 5000 Lagertote, höchstens 10 000, auf keine Fall mehr!

Überdies ist trotz aller Nachforschungen noch immer der Verbleib von über einer Million Kriegsteilnehmern des zweiten Weltkrieges ungeklärt. Man spricht von der „vermissten Million“. Bis vor der sogenannten Wende wurden die Verschollenen den „Russen“ angelastet. Die inzwischen offengelegten Archive geben zumindest seit 1946 detailliert Auskunft. Ca. 100 000 Vermisstenschicksale konnten geklärt werden. Die vermisste Million bleibt.

NACH INFORMATIONEN VON: www.Rheinwiesenerlager.de

Die moderne Technik macht's möglich. Den Bayreuther Jubiläums-„Ring“ zum 100-jährigen Bestehen der Richard-Wagner-Festspiele aus den Jahren 1976-80 kann sich jeder mittels DVD (Deutsche Grammophon/unitel) in seine vier Wände holen. Oder, er kann ihn – wie derzeit an den vier August-Sonntagen – in Leipzig in einem der Passage-Kinos erleben. Im Unterschied zum häuslichen Monitor zeigt die Kinoleinwand die Akteure bei entsprechender Kameraein-

Von **WERNER WOLF**

stellung in Lebensgröße. (Nur die einmalige Akustik des Festspielhauses lässt sich – noch?? – nicht einfangen.) Zudem begnügt sich die spezielle Aufnahme, das Bühnenbild als Ort der Geschehens in für das Verständnis nötigen Ausschnitten zu zeigen. So erscheint die – überflüssige – Stauwand im „Rheingold“ nur kurze Zeit, wenn die Rheintöchter auf ihr unbekümmert umhertollen. Dann aber wird deren verhängnisvolles Spiel mit dem um sie werbenden Nibelung Alberich ins Bild gerückt. Die erste Katastrophe des Stückes, der von den Rheintöchtern verschuldete Raub des Rheingolds mit dem Verfluchen der Liebe, vollzieht sich in aller Deutlichkeit. Im zweiten „Rheingold“-Bild steht Loges raffiniert weitschweifige Rede zur Übertöl-

Bayreuther Jubiläums-„Ring“ in Leipzig

pelung der Riesen, im Nibelheim-Bild die Überrumpelung Alberichs durch Wotan und Loge im Zentrum des Geschehens. Der erste Mord – Fafner erschlägt im Schlussbild um des Ringes willen seinen Bruder Fasolt – bildet den beklemmenden Höhepunkt dieses Vorabends.

Patrice Chéreau leistete in der Personenführung ganze Arbeit. In Hermann Becht (Alberich), Donald McIntyre (Wotan), Heinz Zednik (Loge), Helmut Pampusch (Mime), Matti Salminen (Fasolt), Fritz Hübener (Fafner), Hanna Schwarz (Fricka) und weiteren Sängern hat er Akteure mit großem Gestaltungsvermögen. Pierre Boulez setzt als Dirigent mit dem Festspielorchester dabei Akzente, die so zugespitzt vor ihm nicht unbedingt zu hören waren.

Wenn aber im Faltblatt zur Aufnahme von einer „im Musiktheater nie dagewesenen Personenregie“ geschrieben wird, muss der Schreiber noch nichts von Walter Felsensteins Musiktheater und vom Leipziger „Ring“ in der Regie von Joachim Herz gesehen haben. Sonst hätte er mitbekommen, dass die schwerwiegende Auseinandersetzung zwischen Wotan und

Fricka im ersten Aufzug der „Walküre“ (und manch anderes) in Leipzig noch erregender und profilierter zu erleben war. Im „Siegfried“ wird in den Szenen des Titelhelden mit seinem hinterhältigen Pflegevater Mime (hier Heinz Zednik) der Text allzu vordergründig ausgespielt. Dagegen wurde bei Joachim Herz deutlich, dass Siegfried instinktiv etwas von Mimes Unehrlichkeit spürt und deshalb aufbegehrt. Im zweiten Aufzug lässt Manfred Jung Siegfried als prächtigen und auch empfindsamen Naturburschen erleben. (Nur den Vogelkäfig mitten im Walde hätte sich Chéreau sparen können.) Ergreifend gestaltete Gwyneth Jones das Erwachen Brünhildes und das immer wieder verzögerte Zusammenfinden mit Siegfried. Die weitgehend auf das darstellerische und musikalische Geschehen konzentrierten Aufnahmen verdeutlichen im Sinne Wagners die zeitlose Allgemeingültigkeit des Geschehens, während die aktualisierenden Bühnenbilder Richard Peduzzis und Kostüme Jacques Schmidts einengend wirken. Gespannt darf am Sonntag die Vorführung der „Götterdämmerung“ erwartet werden.

Dazwischen führte ein Abstecher ins Bayreuther Festspielhaus zu Christoph Marthalers Neuinszenierung von „Tristan und Isolde“ mit dem japanischen Dirigenten Eiji Oue. Nach der von Christoph Schlingensiefel im „Parisfal“ fast bis an die Rampe vollgestellten Bühne überraschten Marthaler und seine Ausstatterin Anna Viebrock mit einem fast leeren Schiffsdeck im ersten und auch im zweiten Aufzug und einem nur mit Tristans Krankenbett versehenen Unterdeck im dritten. Bis auf wenige Augenblicke gehen Tristan und Isolde aneinander vorbei oder stehen voneinander entfernt – ganz im Gegensatz zur Musik. Auch die anderen Akteure stehen oft bewegungslos im Raum, am Schluss mit dem Gesicht zur Schiffswand. Die Krönung der minimalen Bewegungen bietet Isolde. Nach ihrem Schlussgesang entschwindet sie – unter der Decke von Tristans Krankenbett.

Erfüllt wird alles nur durch den großartigen und ausdrucksstarken Gesang der Schwedin Nina Stemme als Isolde und des US-Amerikaner Dean Smith als Tristan. Eindrucksvoll singt auch der Koreaner Kwangchul Youn als König Marke. Der Dirigent Eiji Oue musiziert mit dem Festspielorchester über weite Strecken berückend schön. Doch schafft er nicht die Spannung, die dieser einzigartigen Musik eigen ist. Für Bayreuth erweist sich nach „Parsifal“ diese ganz andersartige Inszenierung als wenig überzeugend.

Am 4. September 1880 gab der Schleizer Gymnasialdirektor Konrad Duden das „Vollständige Orthographische Wörterbuch der deutschen Sprache“ heraus, das im gleichen Jahr im Königreich Preußen amtlich eingeführt wurde und 1901 die Grundlage der Einheitsrechtschreibung für ganz Deutschland bildete. Österreich-Ungarn und die Schweiz schlossen sich an. Seit 1915 trägt das Werk den Namen seines Schöpfers.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verlief die Weiterentwicklung des Duden zweigleisig, in Mannheim und in Leipzig. Zudem brachten in der Bundesrepublik einige Verlage Wörterbücher mit abweichender Schreibweise heraus, worauf die Kultusminister der Länder 1955 das Duden-Monopol bekräftigte.

In der DDR war „Der Große Duden“ – herausgegeben vom Bibliographischen Institut Leipzig – in den Schulen verbindliches Nachschlagewerk für die Rechtschreibung und auch für Verlage und Druckereien durch eine TGL-Vorschrift allgemein gültiger Standard.

Der Duden wird 125

1990 erschien die letzte Ausgabe des Duden vor der Rechtschreibreform von 1996. Seitdem muss er sich pluralistischer Konkurrenz erwehren. Die unausgegorene, revisionsbedürftige und bei der Revision wieder mit Halbheiten einhergehende Reform findet heute in mehreren unterschiedlichen, konkurrierenden und teilweise sogar in sich widersprüchlichen Rechtschreib-Wörterbüchern ein geistesverwandtes Pendant. Auch rechtschreiblich ein verlorenes Jahrzehnt.

• G. L.

Sag mir, wo Liebe ist!

Sommertheater und Sommerregen sind keine natürlichen Freunde. Doch wenn diese Urgewalten auf Barbara Trommer und Meigl Hoffmann und ihr Musikerkollektiv treffen, entwickelt sich ein romantisch-explosives Improvisationsfestspiel. Dicke Regentropfen am Gohliser Schloßchen bringen die Schauspielerin und den Kabarettisten nicht davon ab, gemeinsam nach den Irrungen und Wirrungen der Liebe zu suchen: Sag mir, wo Liebe ist!

Ihre traurig-melancholischen und heiter-bizarren musikalischen Erkundungen in den Tiefen und Strudeln der stärksten Macht der Welt berühren und verführen. Barbara Trommer flirtet, flucht, fliegt zu den Herzen. Einfach reizend ihre Birnen-Nummer. Ihr Spielpartner Meigl Hoffmann assistiert, fordert, drängt, hinterfragt. Sie besingen die Liebe, die damit verbundenen Hoffnungen und Herzensstürme – unterstützt von den nicht unter Wasser zu kriegenden Musikern um Michael Kreft. Regisseur Holger Böhme arrangiert einen Abend für zwei starke Charaktere.

• D. M.

Es war klar, dass einige Zeitungsleute dieses Wahlergebnis genüsslich druckten. Ich schließe mich nachträglich an. Für alle, die es noch nicht mitbekamen: Hat doch die Adelheid (im wahren Leben Evelyn Hamann) samt ihren Mördern in der ARD die Angela (im wahren Leben Kanzlerkandidatin) samt ihren Fragen im ZDF überrun-

Von **MICHAEL ZOCK**

det. Einschaltquoten also mäßig an jedem Dienstag, als Frau Merkel 45 Minuten aus dem Nähkästchen plauderte. (Mit Hilfe von Lebenslaufschreibern, Hausfotografen und Schulfreunden.) Bestechend fand ich die 45 Minuten auch nicht. Ich war regelrecht verblüfft, wie da unter anderem mit fast zittriger Stimme, die offenbar mutige Frage gestellt wurde: Warum haben sie keine Kinder? Ich ahne nur, wie viele Vorge-

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Bildschirmgrenzen

sprache es da wohl gegeben haben muss. Die Antwort interessierte mich persönlich übrigens überhaupt nicht. Und sie wird die meisten Wähler auch kaum dazu bringen ein oder kein Kreuz bei der CDU zu machen. Aber über irgendetwas muss ja geredet werden. Und auch Nichtkinder kommen ja immer gut an.

Propos Fragen: Alles was ihr fragt, das weiß ich viel besser. Ja, ich weiß alles viel besser als ihr! So könnte eine bekannte, leicht abgeänderte Textzeile eines Musicals als Einschätzung zweier Fernsehsendungen stehen. Zwei Frager

trafen da wieder mal auf einen Politiker. Beim Ereigniskanal Phönix mühten sich der ARD-Chefredakteur Hartmann von der Tann und ein nicht ganz so wichtiger Kollege 45 Minuten gegen Gregor Gysi zu punkten. Es gelang nicht. Mein Gott, der Mann hat Prozess Erfahrung, und ist nicht ein Rhetoriklehrling wie E. H. oder W. U. in DDR Zeiten! Und im MDR versuchten sich Politikchef Wolfgang Kenntemich und Fakt-Moderatorin Angela Elis eine knappe halbe Stunde an Gerhard Schröder. Man konnte auch da sagen: Alles was ihr fragt, das habe ich schon im Salon bei Frau Christians kundgetan. Wenige Tage

danach die gleiche Konstellation. Nur saß diesmal Frau Angela Merkel der Frau Angela Elis und dem Herrn Wolfgang Kenntemich gegenüber. Man ahnte die Antworten ebenfalls, ohne die Fragen zu kennen, weil alles fast tupfengleich schon bei der Kollegin Maybritt Illner durchgeackert wurde. Im MDR Sendegebiet sahen 420 000 Gerhard Schröder und 470 000 Angela Merkel. Klingt schon fast nach Stimmenausrählung am Wahltag. Der im übrigen noch immer nicht durch die Männer in den roten (!) Roben bestätigt wurde.

Aber um nicht nur zu meckern: Ich schwöre bei meiner Fernbedienung, dass ich die ehemalige Markkleebergerin Angela Elis gar nicht so schlecht finde. Wirklich. Und sie hat dieser Tage wahrlich viel zu tun. An besagtem Montag traf sie erst den Schröder und dann den Söder. Das war abends in der Live-Sendung „Fakt ist ...“ auf dem Hauptbahnhof. Neben Markus

(Söder) war noch Bodo (Rame-low) zu Gast und man merkte es sofort, Markus und Bodo können nicht allzu gut miteinander. Diese 45 Minuten vom Bahnhof sind mitunter ganz stimmungsvoll, weil das (handverlesene?) Publikum auch mal laut mal leise grummelnd mitwirkt. Davon war am letzten Montag leider nichts zu spüren, jedes Statement bekam Applaus und am Ende war man wieder einmal so schlau wie vorher.

All diese gemachten Erfahrungen mit Politikern auf der Mattscheibe zeigen auch die Grenzen eines Massenmediums. Also die Rechnung: Heute schau ich Schröder, morgen Gysi und dann schaue ich auf ein Wahlplakat von Conny Pieper und weiß dann, was ich nicht wähle...die geht offenbar schon längst nicht mehr auf. Sich informieren über Parteien und deren Ziele ist schon ein bisschen anstrengender. Wir alle sollten und müssen es trotzdem tun.

Wie fühlen, denken, leben und leben heute Kinder namhafter, weithin bekannter Eltern? Gelang ihnen die Emanzipation von der elterlichen Aura? Die hierzu geführten Interviews – 15 an der Zahl – erschienen 2002 bis 2004 als Kurzfassung in „Neues Deutschland“. Gabriele Oertel und Karlen Vesper-Gräske (ein Gespräch führte Wolfgang Hübner), die diesen Zweig des Journalismus bestens beherrschen, gelingt es, dem Leser auf höchst kurzweilige Art nicht nur die Auffassungen und dgl. dieser Kinder, sondern auch, was oftmals von besonderem Interesse ist, deren Sicht auf ihre Eltern zu vermitteln. Sie gehen der Frage nach, wie erlebten sie als Kind Verfolgung, Flucht und Exil, welche Ängste durchleb-

Kinder Prominenter im Interview

ten sie? Oder wie erlebten sie die Hoffnungen, Erfolge, die Mühen der Ebenen und die Niederlagen ihrer Eltern in der Nachkriegszeit? „Jenseits allseits bekannter Lebensläufe oder manch gern kolportierter Anekdote offenbaren sie Reflexionen, Bewertungen, Ein- und Ansichten zu ihren Eltern und zugleich die Geschichte ihrer eigenen Emanzipation.“ Es glückte zu erreichen, was, in Anlehnung an Worte von Johannes R. Becher, als „rückschauend das Heute zu durchschauen“ bezeichnet werden kann.

Alle Interviewten verdienen ge-

nannt zu werden: Andrej Bahro, Till Bastian, Jan Robert Bloch, Pierre Boom, Peter Brandt, Rudi-Marek Dutschke, Florian Havemann, Andrej Hermlin, Thomas Kuczynski, Peter Marcuse, Ruth Radvanyi, Uta Ranke-Heinemann, Edzard Reuter, Johann Scheringer und Bärbel Schindler-Saefkow. Wer ihre Antworten liest, wird den Interviewerinnen zustimmen, wenn sie schreiben: „Sie sind ihrer Eltern Kinder, lassen sich von nichts und niemanden so einfach ins Bockshorn jagen, ducken und kuschen nicht vor dem sogenannten Zeitgeist.“ Aus

dem mit ihren Eltern oder wegen ihrer Eltern Erlebten ergeben sich für sie Lebenssichten, denen es oft an Eigenwilligkeit nicht mangelt – weil man eben eigenverantwortlich und selbstbewusst das eigene Leben lebt. Da die Interview-Reihe fortgeführt wurde und wird, dürfte zu gegebener Zeit ein zweites Band zu erwarten sein. Dem Miltitzke Verlag ist zu danken, dass er sich dieser einblicksreichen Interviews angenommen und ungekürzt einem breiteren Leserkreis zugänglich gemacht hat.

• KURT SCHNEIDER

Gabriele Oertel / Karlen Vesper-Gräske: Das eigene Leben leben. Kinder berühmter Eltern von Brandt bis Seghers. Miltitzke Verlag, Leipzig 2004. 235 Seiten, 19,90 Euro

ANNOTIERT

Brecht heute. Politische Gedichte. Verlag Neues Leben, Berlin 2005. 112 Seiten, 4,90 Euro

Das Bändchen enthält nicht nur berühmte Gedichte – vom „Lob der Dialektik“ bis zum „Lob des Kommunismus“, vom „Solidaritäts- bis zum Einheitsfrontlied“, sondern auch Texte, die weniger bekannt, aber von erstaunlicher Aktualität sind.

Dieter Dowel / Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2004. 672 Seiten, 24,80 Euro. Dieser Band widerspiegelt anhand ihrer Programmatik die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von einer proletarischen Klassenpartei mit revolutionärem Anspruch zu einer reformierten Volkspartei, die sich vom demokratischen Sozialismus verabschiedet hat. Die Sammlung reicht demzufolge vom Kommunistischen Manifest (1848) bis zum Berliner Programm (1989), dem Leipziger Programm der SPD in der DDR (1990) und der Programm-Ergänzung, beschlossen vom außerordentlichen Parteitag in Leipzig 1998. Im Anhang werden Dokumente abgedruckt, die einen Einblick in den Stand der Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms geben. In der Einleitung (Seiten 11–54) geben die Herausgeber einen Überblick auf die Geschichte der Partei. Des weiteren stellen sie jedem Dokument eine kurze Einführung zu seinem Entstehungsprozess voran. Eine Übersicht ausgewählte Literatur zur Programmatik und zur allgemeinen Parteigeschichte schließt den Band, der ein vorzügliches Informations- und Arbeitsmaterial ist, ab.

• K. SCH.

Bürgerhaushalte

Ausgehend vom Beziehungsgeflecht zwischen öffentlichen Haushalten, Politik und Bürgern erörtern acht Autoren sachkundig und an realen Beispielen Fragen nach Sinn und Möglichkeiten partizipativer, das heißt durch Mitwirkung der Bürger geprägter Haushaltspolitik. Sie prüfen Potentiale und Spielräume der Bürgerbeteiligung, im Besonderen Möglichkeiten und Grenzen der unmittelbaren Demokratie, gehen den unterschiedlichen Vorstellungen für Bürgerbeteiligung nach und analysieren diverse Modelle und Wege. Dabei berücksichtigen sie internationale Erfahrungen und diskutieren mögliche Ansätze für die Zukunft. Sie wenden sich dann einzelnen Bausteinen partizipativer Haushaltspolitik zu: der Budgetanalyse, der Umfeldentwicklung (im Sinne der Schaffung von Voraussetzungen) und den Verfahren. Detailliert und prägnant vermitteln sie bisherige Erfahrungen und bereichern im Rahmen des Leitbildes einer Bürgerkommune die öffentliche Diskussion zu Bürgerhaushalten als höchste Form der Partizipation. Doch das Kapitel „Bürgerhaushalte sind Realität“ ist eher eine Auflistung bisheriger praktischer Initiativen und Ansätze, hinter denen sehr unterschiedliche Intentionen von Parteien und Institutionen stecken und mit denen ein Nachweis realer demokratischer Effekte nicht erbracht wird.

• G. L.

Herausgeber: Petra Brangsch, Lutz Brangsch; Haushalt, Haushaltspolitik und Demokratie. Bedingungen und Strategien einer partizipativen Haushaltspolitik. Karl Dietz Verlag, Berlin 2005 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 54). 203 Seiten, 9,90 Euro

Der Esche im Rausch

Ich attestiere diesem Schauspieler einen Schreibrausch. Denn erneut serviert er, pointiert, nachdenklich und klug, Daten und Ereignisse seines Lebens auf immerhin 460 Seiten. „Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen“, diese Bemerkung, einem Briefwechsel zwischen Goethe und Zelter entnommen, steht auf dem Umschlag. Interpretierbar als Andeutung zwischen Tun und Folgen desselbigen.

Eberhard Esche entschließt sich, bevor er mit seiner Sprachakrobatik loslegt, zu einem weiteren Zitat, diesmal von Thomas Mann: „Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche“. Anno 2005 als historische Erkenntnis recht selten ausgesprochen. Und dann kommt Esche pur: Hin- und hergerissen lässt er den Leser teilhaben an seinem Leben. Liebe, Politik, Theater, Kollegen, Widerspruch, Haltung.

Da fährt beispielsweise der Student Eberhard am 17. Juni 1953 nach der Vorlesung in der Theaterhochschule mit dem Fahrrad durch Leipzigs Stadtzentrum. Zuvor erlebte er den Gesellschaftskundelehrer merkwürdig verklemt. Erfährt nun nach dem Unterricht seine Heimatstadt im Ausnahmezustand. Beobachtet, wie die Schauspieler Curt Trepte und Elfriede Nee unter den Rathausarkaden fast verprügelt werden. Fast hätte es ihn – als Entzifferer einer beschmierten Straßenbahn – auch erwischt. Esche will kurze Zeit später in die SED. Wir lesen: „Junge Menschen haben es am Beginn ihres Beitritts in allen Parteien leicht, denn die Parteien wollen alle nicht aussterben. Also ist man nett und nachsichtig. Doch irgendwann beginnt die Harmonie zu schrillen.“ Esche bittet folgerichtig um Verlängerung seiner Kandidatenzeit. Jahre später hält er die Parteimitgliedschaft für lächerlich, aber stellt sich trotzdem die Frage: Warum bleibe ich dann drin? Wir lesen: „Hat die Partei es



verhindern können, dass ich den Kommunismus für eine gute Sache halte? Nein, das hat sie nicht. Also hat sie mir wohl genützt.“

Esche pikst Leute. Der Wolf Biermann kriegt etliche Nadel-

stiche ab: „Die Öffentlichkeit gab damals des Sängers naturgegebenem Hang zur verbalkriminellen Hochstapelei Aufwind. Die westlichen Medien wären dumm gewesen, wenn sie das nicht ausgenutzt hätten.“ Amüsant zu erfahren, wie seinerzeit Anwalt Gregor Gysi für Esche ein ausgefallenes DFF-Honorar einklagt. So gar nichts von Schlüssellochperspektive hat die Schilderung, als die langjährige Beziehung zu Cox Habbema zerbricht.

Mein Fazit: Unbedingt selbst lesen ... das ganze Buch! Ich habe mich, was selten vorkommt, durch Esches Wortkunst in einen Leserausgang gesteigert.

• MICHAEL ZOCK

Eberhard Esche: Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen. Eulenspiegel Verlag Berlin 2005. 462 Seiten, 19,90 Euro

ANZEIGE

Buchpremiere Peter Hacks

Am Donnerstag, dem 15. September, findet um 18 Uhr im Senatssaal der Humboldt-Universität Berlin, Unter den Linden 6, eine Buchpremiere statt.

Zum zweiten Todestag von Peter Hacks erscheint im Eulenspiegel Verlag der erste Band mit Texten aus dem Nachlass:

„Am Ende verstehen sie es“ *Politische Schriften 1988 bis 2003*

Nebst dem Briefwechsel mit Kurt Gossweiler 1996 bis 2003

Mit einem Vwort von Hans Heinz Holz und einem Nachwort von Kurt Gossweiler Herausgegeben von André Thiele und Johannes Oehme, 240 S., fest und rot gebunden, 14,90 Euro, ISBN 3-359-01626-2

Revolution, Kunst, Konterrevolution: Die Frage, die sich Hacks ab 1989 stellt, lautet: Was tut ein postrevolutionärer Dichter in Zeiten der Beseitigung der selbstgewählten Gesellschaftsform? Dichten natürlich – trotz alledem. Und das hat Hacks getan. Doch ihn beschäftigte die Frage, ebenso wie die nach der Richtung der gesellschaftlichen und kommunistischen Bewegung, auch publizistisch: in Leserbriefen, Interviews, Aufsätzen. Diese „politischen Schriften“ sowie seine hochaktuelle Korrespondenz mit dem marxistischen Historiker Kurt Gossweiler sind in dem neuen Buch versammelt.

Über Hacks-Edition, Hacks-Nachlass und Vorhaben des Verlags spricht Dr. Matthias Oehme (Eulenspiegel Verlag). Über Probleme des Sozialismus und des Klassenkampfes im Lichte der Texte von Hacks diskutiert Arnold Schölzel (junge Welt) mit: Dr. Kurt Gossweiler, Prof. Dr. Hans Heinz Holz, Sahra Wagenknecht (angefragt).

Eine Veranstaltung von „junge Welt“ und Eulenspiegel Verlag Der Eintritt ist frei.

www.eulenspiegel-verlag.de

Hermann Liebmann verstarb am 6. September 1935 an den Folgen faschistischer Brutalität. Damit endete sein Leidensweg, der mit der Verhaftung am 21. Februar 1933 seinen tragischen Anfang genommen hatte.

Stationen seines Martyriums wurden Leipziger und Dresdner Polizeigefängnisse, das KZ Colditz und das berüchtigte KZ Hohnstein. Hier wurde er von der SA-Wachmannschaft in Anwesenheit von Sachsens NS-Gauleiter Mutschmann und Ministerpräsident Killinger einem grausamen Verhör unterworfen. Die Folgen waren Kopf- und Kieferverletzungen und der Verlust eines Auges.

Bereits wenige Tage nach seiner Haftentlassung im Spätsommer 1935 musste der schwer Gezeichnete in das Krankenhaus St. Jakob eingeliefert werden. Doch auch hier sah er sich Demütigungen ausgesetzt und bat seine Angehörigen: „Holt mich hier heraus!“ Seiner Familie gelang es, ihn in das Jüdische Krankenhaus im Waldstraßenviertel zu überführen, das noch unter dem Schutz der Genfer Konvention stand. Aber trotz aller ärztlichen Hilfe verstarb Hermann Liebmann einige Tage später im Beisein seiner Familie.

Ihr tiefes Mitgefühl bekundeten bei der Trauerzeremonie am 10. September etwa 1200 Anwesende, überwiegend Sozialdemokraten, die ihrem langjährigen Unterbezirksvorsitzenden, trotz polizeilicher Überwachung, die letzte Ehre erwiesen.

Am 18. August 1882 in Paunsdorf in ärmlichen Verhältnissen geboren, verlangte der frühe Tod seines Vaters von ihm die Sorgepflicht für seine Geschwister, den Kampf ums tägliche Brot, belastet durch den Ausschluss von der bürgerlichen Bildung – das alles prägte seinen beruflichen Werdegang als Former.

Den Weg zur SPD fand er über August Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus“. Diese Nähe zu Bebel blieb für ihn eine

Vor 70 Jahren starb der Leipziger Sozialdemokrat und Antifaschist Hermann Liebmann

Stets auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie



konstante Größe und prägte ihn bis an sein Lebensende. Er fühlte sich dem linken Flügel der Arbeiterbewegung verbunden – auch als Redakteur der LVZ seit 1912 –, und er handelte danach. Das bestimmte seine antimilitaristische Position, die Ablehnung der Burgfriedenspolitik der SPD während des 1. Weltkrieges und verstärkte sie nach seiner an der Front erlittenen Verwundung. Er wurde aktiver Kriegsgegner und hatte hohen Anteil an dem Übertritt von 99,9 Prozent der Leipziger Sozialdemokraten (30 556) zur USPD, an deren Gründungsparlament Ostern 1917 in Gotha er teilnahm. Hier wurden die Weichen gestellt für die am 15. April einsetzenden Streiks gegen Hunger und Völkermord, die wohl auch von der russischen Februarrevolution inspiriert wurden. Liebmann nahm aktiven Einfluss auf die hiesigen Streikaktionen und Kundgebungen. In den Wochen der Novemberrevolution 1918 gehörte er zum Kern des Arbeiter- und Soldatenrates in Leipzig und Sachsen.

Zugleich distanzierte er sich von den Halbheiten des „Rates der Volksbeauftragten“ um

Ebert und Scheidemann. Er befürwortete stattdessen, die künftige demokratische Republik durch eine solide ökonomisch sozialisierte Basis zu fundieren, und den konsequenten Bruch mit den Trägern des Obrigkeitsstaates zu vollziehen. Er empfahl, Räte und Parlament als gleichberechtigte Organe der Machtausübung und Kontrolle zu verankern. Seine Position beinhaltete die Ablehnung des Nurparlamentarismus und die blinde Koalitionsgläubigkeit rechter Sozialdemokraten mit bürgerlichen Partnern. Ebenso übte er prinzipielle Kritik am Linkssektierertum und dessen Antiparlamentarismus, der die sich bietenden Chancen zur Wahrnehmung von Volksinteressen ignorierte und Demokratiedefizite offenbarte.

Das war einer der Gründe, den Anschluss der USPD an die KPD und damit an die kommunistische Internationale abzulehnen, denn er sah darin eine Schwächung der Linken, ebenso die Gefahr der Vorherrschaft der KP Russlands und die Einschränkung der Selbständigkeit der Parteien.

Es ging Liebmann um eine linkssozialistische Alternative zum Kapitalismus, um ihn, getragen vom Mehrheitswillen der Bevölkerung, zu überwinden. Seine Vision implizierte die eines „roten Sachsens“, die er als Abgeordneter der Sächsischen Volkskammer und ab 1920 im Landtag auf der Linken in der USPD und ab 1922 der VSPD als Experte für Polizei-, Beamten- sowie Kommunalfragen durch eine Demokratisierung des Staatsapparates umzusetzen suchte. Diesen Zielen kam er auch als Stadtverordneter in Leipzig von 1918 bis 1923 nach.

Aus innenpolitischen Notwendigkeiten suchte er im Landtag Kontakte zur KPD-Fraktion. 1922/23 unterstützte er für Sachsen die Konzeption zur Herstellung demokratisch-republikanischer Verhältnisse, die zugleich als Beispiel für die Weimarer Republik gedacht waren. Er bemühte sich, die KPD als Tolerierungs- bzw. Regierungspartner zu gewinnen. Das führte mit der Konstituierung des linkssozialistischen Kabinetts Zeigner am 16. April 1923 zu ersten Resultaten – eine Entwicklung, die schließlich am 6. Oktober 1923 in die linkssozialistisch-kommunistische Koalition mit Erich Zeigner als Ministerpräsident einmündete. In beiden Kabinetten fungierte Liebmann als Innenminister und stellvertretender Regierungschef des Freistaates. Doch diesem gemeinsamen Projekt wurde durch die Reichsexekution des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert ein jähes Ende bereitet. Zeigner und Liebmann wurden von der Justiz bedroht. Schmerzlich resümierte er, dass die sächsische Besonderheit der „proletarischen Mehrheit“ zerschlagen worden sei.

Liebmann entwarf Alternativen im Hinblick auf die die Feinde der Republik begünstigenden Koalitionspraktiken der SPD durch Hermann Müllers große Koalition 1928–1930. Er verstärkte die Orientierung gegen die Gefahr der NSDAP seit 1929/30 in Sachsen und bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Auf der Herbst-Generalversammlung des SPD-Unterbezirks Leipzig am 19. Oktober 1930 führte er aus:

„Das wichtigste Ergebnis ist das unerwartet starke Anwachsen des Faschismus in Deutsch-

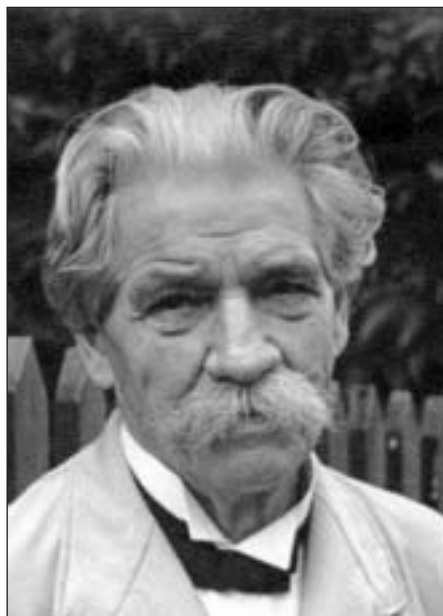
land. Faschismus bedeutet eine gefährliche Bedrohung der gesamten Arbeiterbewegung. Faschismus ist die Zerstörung der Demokratie und des Parlamentarismus. Faschismus ist die Vernichtung aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen und Einrichtungen der Arbeiterschaft.“

Er spürte nach seiner Teilnahme am SPD-Parteitag 1931 in Leipzig, dass der Kurs des Parteivorstandes nicht den Erfordernissen der antifaschistischen Abwehr genüge. Deshalb reichte ihm die 1931 gebildete „Eiserne Front“ nicht aus. Mit seiner aktiven Unterstützung entstand ein „SPD-Schutz“, aus dem die „Kampfstaffel“ als Kerntruppe „revolutionärer und außerparlamentarischer Aktionen“ geboren wurde.

Liebmann setzte auf eine Wiederannäherung von Sozialdemokraten und Kommunisten, sah sich aber von deren „Einheitsfront von unten“ ob ihrer Doppelzüngigkeit bitter enttäuscht und von ihnen als „Sozialfaschist“ beschimpft.

Im August 1932 unterbreitete er die Anregung zur „Bildung einer Sozialfront zum Schutze der politischen Grundrechte des Volkes“. Er regte eine Listenverbindung mit der KPD zu den Gemeindevahlen an, rief in letzter Stunde zu einer Kundgebung mit Rednern beider Parteien als vertrauensbildenden Schritt auf. Daraus sollte ein „Nichtangriffspakt“ erwachsen, der jedoch abgelehnt wurde, favorisierte doch die KPD-Bezirksleitung einen „Angriffspakt“. Das zu einer Zeit, als die Arbeiterbewegung, durch die Allianz rechtskonservativer und faschistischer Kräfte in die Defensive gedrängt, dringender Verteidigungsmaßnahmen bedurfte. Auch wenn es im Februar 1933 zu machtvollen Kundgebungen mit Hermann Liebmann und Fritz Selbmann kam, war die Niederlage nicht zu verhindern. Was bleibt ist, Hermann Liebmann als Repräsentanten des Linkssozialismus seiner Zeit zu würdigen.

• HELMUT ARNDT



Albert Schweitzer, der Urwaldarzt von Lambaréné, braucht nicht vorgestellt zu werden. Auch 40 Jahre nach seinem Tod ist der Friedensnobelpreisträger so etwas wie das gute Gewissen der Menschheit. Seine aufopferungsvolle Arbeit im westafrikanischen Gabun ist das eine, der bis an sein Lebensende nicht ermüdende, von seinem Freund Albert Einstein inspirierte Kampf gegen die Atombombe das andere. Seine „Deklaration des Gewissens“ war 1957 von 140 Rundfunkstationen übernommen worden, mit seiner zweiten Rede „Frieden ohne Atomkrieg“ mobilisierte er buchstäblich die ganze Welt.

Über diesen warmherzigen Menschen, der uns nicht nur die „Ehrfurcht vor dem Leben“ hinterließ, sondern auch selbst konsequent danach lebte, liegt nun, pünktlich zum Jahrestag seines Todes ein Buch vor, dass es in dieser von Büchern überschwemmten Welt wahrlich wert ist,

Vor 40 Jahren am 4. September 1965 starb, neunzigjährig, Albert Schweitzer

Orientierungshilfen fürs Leben

gedruckt zu werden. Zwei Autoren haben es mit bisher unveröffentlichten Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Dokumenten aus ihrem Privatbesitz zusammengetragen und darin Schweitzers Schrift „Die Lehre von der Ehrfurcht vor dem Leben“ – die in dieser Art auf Gerald Göttings Anraten hin entstand – eingebettet. Der eine also, Gerald Götting, Generalsekretär der CDU der DDR und stellvertretender Staatsratsvorsitzender (der, was ihn auszeichnet, später in der West-CDU nicht zu verwenden war) besuchte Schweitzer mehrmals im Urwaldkrankenhaus (auch mit Robert Havemann). Er wurde zu einem vertrauten Freund Schweitzers; der andere, Prof. Dr. Sieg-

wart-Horst Günther, arbeitete die letzten zwei Jahre mit Schweitzer in Lambaréné. Er wurde weltbekannt durch den von ihm erbrachten Nachweis, dass die westlichen Streitkräfte im Golfkrieg 1991 Uranmunition einsetzten.

Entstanden ist nicht nur ein aufschlussreiches Geschichtenbuch, sondern ein Geschichtswerk voller Überraschungen – dank Göttings Tagebuch immer im spannungsreichen Kontext zur DDR. • M. W.

Günther/Götting: Was heißt Ehrfurcht vor dem Leben? Begegnungen mit Albert Schweitzer. Eulenspiegel Verlagsgesellschaft, Verlag Neues Leben, Berlin 2005. 256 S., 19,90 Euro.



Von
**KLAUS
HUHN**

Wer heute mit einem ausgiebigen Kommentar zu den Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki rechnet, muss enttäuscht werden. Da müsste man eine Sportbeilage drucken, um alle Themen abzuhandeln.

Um die Enttäuschung in Grenzen zu halten, hier also wenigstens einige Bemerkungen. Zum Beispiel: 1983, als in Helsinki die ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften stattfanden, gab es von der Internationalen Leichtathletikföderation keinen Cent für den WM-Sieg, diesmal immerhin 60 000 Euro für jeden Titel. (Zuvor hatte die Föderation ohne jegliches Aufsehen den Begriff „Amateur“ aus ihrem Namen gestrichen.)

Weiter: Das erfolgreichste Land 1983 war die DDR. Die gab es 2005 gar nicht mehr. Sie hatte damals 10 Goldmedaillen erkämpft, was nur erwähnt wird, weil es sich müheles vorstellen lässt, welche Kommentare in der bundesdeutschen Presse erschienen wären, wenn 2005 nur die Hälfte davon an „Deutschland“ gegangen wäre.

Diesmal musste man sich mit einer einzigen begnügen und die wurde frenetisch gefeiert. Man redet bekanntlich nicht über das Alter von Frauen, aber anmerken möchte ich denn doch, dass Franka Dietzsch, die dieses erste Gold für die BRD seit 2001 holte, schon in der DDR-Bestenliste des Jahres 1989 zu finden war. Am 23. Juni jenes Jahres hatte die 20jährige, damals für *Empor Rostock* startend, bereits mit 68,26 m

den dritten Rang in der DDR belegt. Letztes Jahr hatte man sie in der BRD „ausgemustert“ – das Wort stammt von ihrem Trainer Dieter Kollark, der es sich nach dem Triumph von Helsinki nicht verkneifen konnte, daran zu erinnern – und nun rettete sie „Deutschland“!

Noch zu erwähnen: Intensive Werbung betrieb die Bundeswehr mit den Erfolgen der deutschen Athleten. Auf der Bundeswehr-Internetseite wurde ausdrücklich vermerkt, dass der Zehnkampfvierer André Nicklaus als Unter-

offizier geführt wird, was man ja am WM-Trikot nicht erkennen konnte ... Schluss mit Helsinki, denn ich habe noch ein anderes Thema zu behandeln. Eines, das mehr als ein sportliches Resultat oder irgendeine Medaillenstatistik aufwiegt.

In der Branche, der ich mich jetzt zuwende, habe ich ein paar Jahrzehnte lang „Staub gewischt“. Ich meine die Sportjournalistenbranche. In den sechziger Jahren war die Sportjournalistenvereinigung der DDR gegründet und Hans-Heinrich Lehmann zu ihrem ersten Präsidenten gewählt worden. Der damalige Sportredakteur der LDPD-Zeitung „Der Morgen“ konnte mit einigem Stolz darauf verweisen, in jungen Jahren in Berlin gegen den legendären Nurmi gelaufen zu sein. Dass er eine halbe Runde nach dem Finnen ins Ziel kam, leugnete er nie. Mich wählte man zum Vizepräsidenten und später, nach Lehmann, zum Präsidenten-

ten. In der Europäischen Sportjournalistenunion wurde ich Generalsekretär und später Vizepräsident. (Gewählt mit der Stimme der BRD, deren Verband mich nach der Rückwende kommentarlos wegen „Staatsnähe“ ausschloss!) In meiner Eigenschaft als Europa-Generalsekretär hatte ich auch zahlreiche Sponsoren-Verhandlungen zu führen, auch mit dem *adidas*-Konzern, wo der frühere *Bild*-Sportchef Müller einer der Direktoren war. Nach einer Verhandlung in der Konzernzentrale Herzoge-

zuständigen Herren löhnen. Natürlich nicht direkt, etwa mit einem unter dem Biertisch zugesteckten Geldbündel, sondern in der Regel existierte irgendwo eine „Agentur“, die die Rechnungen ausstellte. Der hessische Sportfernsehchef wollte ganz sicher gehen und installierte eine Agentur, der seine Lebensgefährtin vorstand.

Ich will die Sache nicht endlos ausdehnen, sondern nur noch hinzufügen, dass der aus der Alt-BRD nach Leipzig zum *mdr* entsandte Chef vorübergehend zu den sogar Inhaftierten zählte.

Sportkolumne

Bestechliche und Unbestechliche

Wer mir wegen meiner jetzt folgenden Schlussätze etwa vorwerfen wollte, ich hätte doch gar nichts mehr zu sagen, den will ich noch wissen lassen, dass die Europäische Sportjournalisten-Union es nicht fair fand, wie meine Landsleute mit mir umgegangen waren und mich deshalb zum Ehrenmitglied der UEPS ernannten. Und als solcher bekunde ich:

Die DDR-Sportjournalistik sei – wird gern behauptet – politisch „angeleitet“ worden. Streiten wir nicht darüber, stellen aber fest: Korrupt und bestechlich war sie jedenfalls nicht! Und ob ein Faustball-Turnier aus Hirschfelde übertragen wurde, hing nicht davon ab, ob das Kraftwerk Hirschfelde ein paar Scheine überreichte, sondern ob der zuständige Sportredakteur der Meinung war, es sei hohe Zeit, im Fernsehen mal wieder Faustball zu zeigen, was zugegebenermaßen nicht sehr oft vorkam. Und wenn man 1990 auf die Idee gekommen wäre, einen der vielen profilierten Leipziger Sportjournalisten zum Fernsehchef des *mdr* zu machen, würde der garantiert heute nicht wegen Bestechlichkeit entlassen sein. Die dafür in Frage gekommen wären, waren wegen „Staatsnähe“ entlassen worden!

Aber korrupt waren sie nicht! Und Bestechlichkeit steht im Strafgesetzbuch, „Staatsnähe“ würde man vergeblich suchen.

Ob es ihr nicht auch komisch vorgekommen sei, dass die Kubanerin Menéndez sich nach ihrem Weltrekordwurf bereits mit der Landesfahne um die Schultern wie eine Siegerin hätte feiern lassen, fragt ARD-Moderator Nadvornik am 14. August mit hintergründigem Lächeln die deutsche Silbermedaillengewinnerin Christina Obergföll. Diese blickt überrascht und ist ratlos. Irritiert weicht sie aus. Kam ihr vielleicht die Frage komisch vor?

ARD-Sportreporter Rubenbauer (Rubi), bekannt für blühende Phantasie und höhnische Bemerkungen, beklagt sich am 12. August nach dem Weltrekordsprung (5,01 m) der Stabhochspringerin Isinbajewa (Russland) ungewohnt erregt über die Siegerin. Sie hätte in einem Interview über ihren persönlichen Anteil an den finanziellen Einkünften gejammert und gejammert; man hätte vielleicht für sie sammeln sollen. Summen nennt er nicht.

Unfair

Sportreporter und die Leichtathletik-Weltmeisterschaft

Überhaupt haben osteuropäische Sportler bei den beiden Bayern von vornherein keine guten Karten. Rubi haut auf sie drauf, wann es ihm in sein politisches Konzept passt.

Und Wolfgang Nadvornik verkündet am Vormittag des 14. August aufgeregt im Stile eines Aufdeckers, die tschechischen Zehnkämpfer Šebrle (Silbermedaillengewinner) und Dvorák hätten mit unerlaubten Mitteln ihre Ergebnisse erreicht! Beide hatten sich Traubenzucker (!) vor dem abschließenden 1500 m-Lauf injizieren lassen.

Es folgen Erklärungen, ein langes Interview mit dem

deutschen Mannschaftsarzt. Schlimmstes scheint geschehen. In den Nachrichtensendungen wird später in unsinniger Weise sogar von Doping gesprochen. Die internationalen Gremien widersprechen – kein Regelverstoß. Die Dopingproben verlaufen negativ.

Des Pudels Kern: Bei nachträglicher Disqualifikation von Šebrle hätte der deutsche Zehnkämpfer André Nicklaus die Bronzemedaille erhalten. Doch dieser winkt ab: „So nicht“.

Franka Dietzsch aus Neubrandenburg hatte ihren Weltmeistertitel im Diskuswurf nach penetrant wiederholter Ansicht der Sportreporter vor allem einem Sportpsychologen zu verdanken. Sie sei sogar in Hypnose versetzt worden. Konsequenter wäre eigentlich eine Anprangering wegen geistigen Dopings gewesen.

• MANFRED BOLS

... hat es Jan Ullrich. Der Tour de France-Sieg ging erneut an den Amerikaner Lance Armstrong.

Ursachenforschung haben viele betrieben. Zum Ergebnis, dass auch ein dritter Platz ein Erfolg ist, kamen leider nur wenige.

Peter Becker, der ehemalige Trainer von Jan Ullrich sah das Sporttalent 1986 das erste Mal. Im Dezember des gleichen Jahres absolvierte Jan Ullrich einen Test an der Kinder- und Jugendsport-schule in Berlin.

Über seine Trainingsgruppe sagt Becker: „Ich legte großen Wert

Wieder nicht geschafft ...

darauf, die Jungen auch beim Fußballspiel zu beobachten. Mir war wichtig, Charaktereigenschaften zu erkennen, zu sehen, wie Beweglichkeit, Gewandtheit, der Kampfgeist und Siegeswille, die Einsatzbereitschaft, die Mannschaftsdienlichkeit ausgeprägt waren. Beim Spiel erkennt man in der Regel den Charakter!“ Vom September 1987 bis 2003 war er Trainer von Jan Ullrich. Wie er Jan Ulrich erlebte, welche

Radsportler Peter Becker betreute – dies und viel mehr ist in seinem Buch „Der Trainer“ beschrieben worden. Dazu gibt es reichhaltiges Bildmaterial und eine CD.

• R. FIEBELKORN

Peter Becker: *Der Trainer - Ein Leben für den Radsport*. Scheunen-Verlag, Kückenshagen 2004. 264 S., 21,90 Euro



Hoch ist nur das Haus, nicht die Miete.

Gute Aussicht für alle neuen Mieter!
Dazu ungewöhnliche Grundrisse und
Extras wie Concierge-Service, High-Speed-Internet
und Telefonieren über Kabelanschluss.

Unsere 3-Raum-Musterwohnung wartet!

Gisela Becker auch:

Wintergartenstraße 2

Di. und Do. 13:00 - 18:00 Uhr

sowie nach Vereinbarung

Tel.: 0341 - 9 60 33 26

Funk: 0171 - 7 60 09 07



Zu Hause in Leipzig.



Zum
61. Jahrestag der
Ermordung des
Arbeiterführers
am 18. August

Thälmann ehren, heißt sich wehren!

Das perfideste Geschenk an die deutschen Antifaschisten im 60. Jahr der Befreiung vom Hitlerfaschismus ist die Abrissgenehmigung staatlicher Instanzen für die „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ in Ziegenhals. Wir Kommunisten stellen Brandenburgs Behörden, vor allem der Landesregierung, aber auch der Öffentlichkeit einige, gewiss rhetorische Fragen zum Umgang mit der Ernst-Thälmann Gedenkstätte, die ein düsteres Spiel entlarven:

- Wer verweigert dem *Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e.V.* nun schon seit Jahren den

Zutritt zu seinem Eigentum, verfügt darüber hinaus, dass der Verein Nachweise über jedes Stück seines Eigentums zu erbringen hat?

- Wer verwehrt – wie auch am 17. April 2005 anlässlich des 119. Geburtstages Ernst Thälmanns geschehen – den Kommunisten und Antifaschisten, ohne das jemals öffentlich zu machen und zu begründen, den Zutritt zu dieser national und international bedeutenden Gedenkstätte, verlangt aber, für die Gedenkstätte Sorge zu tragen?

- Wer missachtet den Denkmalschutz, lässt das

Objekt verrotten, gibt die „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ zum Abriss frei?

- Wer zweckentfremdet gemeinnütziges Eigentum des *Freundeskreises Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e.V.* für Angebote an ein anderes Museum zur Geschichtsfälschung? Wir fordern die Regierenden dieses Landes anlässlich des 61. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns (18. August 1944) auf, alles zu tun für den unverfälschten Erhalt der Gedenkstätte am authentischen Ort und für den freien Zugang zu ihr!

DKP LEIPZIG, KARL-HEINZ REINHARDT

Humor hilft der Selbstkritik

Wenn ein Redner Humor hat, hat das Publikum was zu lachen. Gregor Gysi war und ist seit anderhalb Jahrzehnten nicht nur wegen seiner schnellen, genauen Analysen für die Erneuerungsmühen der PDS unentbehrlich, sondern auch wegen seines Humors, seiner Ironie. Diese veranlassen nicht nur ermunternde und ermutigende Erschütterungen unseres Zwerchfells, die natürlich besonders bei Vorträgen, Konferenzen, Parteitagen willkommen, ja oft interesse-rettend sind. Werden politische Äußerungen gysihaf, also humorvoll-ironisch transportiert, können sie ernste politische Folgen haben. Sie können am Ende nachhaltiger sein als der durch Reden erhoffte Erkenntnisgewinn. Denn Humor und Ironie sind Kritik-Instrumente, die Mensch und Welt so sehen zu lassen, dass ihre Unzulänglichkeit erkenn- und veränderbar erscheinen. Beziehen sich Humor und Ironie (was bei G. G. auch durchweg der Fall ist) auf den Redner selbst, soll heißen, auf seine zuhörende Genossenschaft, die

ihm lauschenden Genossinnen und Genossen, sind diese schon mittendrin in einer selbstkritischen Sicht, ohne es vorgehabt zu haben.

Selbst-Kritik aber ist – da Frau und Mann sich da nicht für unfehlbar halten – ein wunderbar wirkender Schutz vor vertikalen Apparaten, vor immer wieder auferstehenden hierarchischen Beziehungen, vor – und dies war zum Beispiel beim Außerordentlichen PDS-Parteitag am 17. Juli 2005 eine hochaktuelle potentielle Wirkung – BÜNDNISUNFÄHIGKEIT.

CHRISTEL HARTINGER,
(AG LISA LEIPZIG)

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion

Leipzig zu heiß für Merkel und Stoiber?

Bei Beobachtung der Wahlstationen der CDU und CSU ist mir aufgefallen, dass Frau Merkel und Herr Stoiber keinen einzigen Termin in Leipzig wahrnehmen. Wäre das nicht ein interessantes Thema?

Herr Stoiber beschimpft den Osten, dass er dumm ist und nicht fähig ist objektiv zu entscheiden, wen man wählen sollte, aber lässt sich nicht einmal in einer der bedeutendsten Städte des Ostens blicken?

Auch Frau Merkel, die sich als Ostlerin ausgibt und sich immer wieder auf ihre Zeit in Leipzig beruft, fährt lieber nach Waging am See oder Geseke (wo auch immer das ist) anstatt sich hier mal den Menschen zu stellen. Ist das nicht feige? Von der CDU Sachsen in Dresden wurde mir bereits zugestimmt, dass Leipzig für die CDU ein schwieriges

Pflaster ist. Meines Erachtens hat man Angst vor Leipzig!

Aber man kann doch nicht nur dort auf seiner Tour hinfahren, wo man Jubel bekommt (Dresden, Chemnitz). Sollen sie sich doch mal den Problemen und den Menschen hier stellen!

Vielleicht würden sie dann auch mal begreifen, warum sie jedes mal im Osten die Wahl verlieren.

Wenn sich jetzt schon keiner hierher getraut, woher soll ich dann wissen, dass diese Politiker mich einmal würdig vertreten werden? Wir sollen die CDU/CSU wählen, sonst sind wir dumm, aber die kommen nicht einmal hierher.

Und bei Anfragen diesbezüglich kommt man bei der CDU sehr schnell in Erklärungsnot.

STEPHANIE WAGNER,
E-MAIL

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 1. September, 19.30 Uhr, Dresden

Podiumsdiskussion zum Weltfriedenstag 2005. **60 Jahre Hiroshima und Nagasaki – die Bombe und die Menschheit.** Mit Prof. Dr. Ernst Voit, Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik, und Michael Winkler, Dresdner Friedensbündnis. Moderation: Prof. Dr. Wolfgang Scheler.

In Zusammenarbeit mit Sächsische Friedensinitiative Dresden e. V., Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., IPPNW Ärzte in sozialer Verantwortung, Arbeitsgemeinschaft Offene Kirchen in Sachsen, AG Frieden Dresden, Dresdner Friedensaktion und Gemeinschaft für Menschenrechte in Sachsen
Haus der Kirche – Dreikönigskirche, Hauptstr. 23

Dienstag, 6. September, 17 Uhr, Bautzen

Vortrag und Diskussion **Ostdeutschland im 15. Jahr der deutschen Einheit – Was haben die Parteien anzubieten?** Mit Prof. Dr. Christa Luft, Berlin

Gaststätte Brauhaus, Thomas-Mann-Straße

Dienstag, 6. September, 18 Uhr, Leipzig

Ist Hartz IV Armut per Gesetz? Mit Dr. Barbara Höll, MdL, und Dr. Dietmar Pellmann, MdL

Jugendfreizeitzentrum „Völkerfreundschaft“, Stuttgarter Allee 9

Mittwoch, 7. September, 19 Uhr, Dresden

Buchvorstellung **Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil – Deutschlands Reformirweg im Licht des skandinavischen Erfolgsmodells.** Mit Dr. Cornelia Heintze, Volkswirtin und Soziologin, Leipzig.

„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Mittwoch, 7. September, Leipzig

Ist Hartz IV Armut per Gesetz? Mit Dr. Barbara Höll, MdL, und Dr. Dietmar Pellmann, MdL

Bürgerbüro Dr. Barbara Höll, Gorkistr. 120

Mittwoch, 7. September, 17 Uhr, Zittau

Vortrag und Diskussion **Ostdeutschland im 15. Jahr der deutschen Einheit – Was haben die Parteien anzubieten?** Mit Prof. Dr. Christa Luft, Berlin

Gaststätte Burgteich, Weststraße

Freitag, 9., 10–20 Uhr, Sonnabend, 10. September, 10–13 Uhr

Wissenschaftliche Konferenz **Die Wähler der extremen Rechten, die DDR und die neuen Bundesländer.** Mit Friedemann Affolderbach, Prof. Dr. Elmar Brähler, Prof. Dr. Werner Bramke, Dr. Dieter Chitralla, Dr. Petra Drauschke, Katrin Framke, Dr. Ruth Geier, Dr. Adelaide Grützner, Dr. Horst Helas, Christina Kaindl, Dr. Norbert Madloch, Prof. Dr. Peter Porsch, MdL, Gert Wiegel und Volkmar Wölk. In Zusammenarbeit mit dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen e. V.

Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6

Freitag, 9. September, 18 Uhr, Leipzig

„Die Zeit der Kirschen“. *Louise Michel (1830–1905), französische Freiheitskämpferin*, vorgestellt von der Autorin Dr. Florence Hervé, Düsseldorf. In Zusammenarbeit mit LISA und Luise-Otto-Peters-Gesellschaft

Harkortstr. 10

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

Bund der Antifaschisten Leipzig

1. 9., 17 Uhr, Ostfriedhof, Gedenkstätte für die Opfer der NS-Militärjustiz: Kranzniederlegung

11. 9., 10 Uhr, Südfriedhof: Gedenkveranstaltung zum Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung. Treffpunkt 9.45 Uhr, Eingang Friedhofsweg

Marxistisches Forum Leipzig und „Rotfuchs“, Regionalgruppe Leipzig

Forum am **6. 9., 18 Uhr,** Liebknecht-Haus, Braustr. 15: **Venezuela – Gegenwart und Perspektive** mit Otto Pfeiffer, Botschafter a. D. der DDR

Initiative Christliche Linke

12. 9., 18 Uhr, Gemeindefaal der Nikolaikirche Leipzig, Prof. Dr. Kurt Schneider, Vortrag mit anschließender Diskussion: **Die geteilte Linke im staatlich vereinigten Deutschland. Gelingt es nunmehr, Ost- und Westlinke in einer gesamtdeutschen Partei zu vereinen? Chancen, offenen Fragen, Probleme**

Zum 85. Geburtstag
unseres Genossen

Gerhard Beyer

am 27. August

übermitteln wir

herzliche Glückwünsche und sagen Dank für seine Parteiarbeit und sein Wirken zu Rentenklärungen und im Seniorenarbeitskreis

Deine BO Löbzig III

Die Wähler der extremen Rechten, die DDR und die neuen Bundesländer

Konferenz am 9. und 10. September 2005

Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Straße 6, Leipzig

• **Freitag, 9. September, 10–20.30 Uhr**

I. Rechte im Parlament. Probleme der politischen Auseinandersetzung

Mit Prof. Dr. Peter Porsch (Vorsitzender der Fraktion Die Linkspartei.PDS im Sächsischen Landtag), Christina Kaindl (Berlin), Volkmar Wölk (Grimma), Dr. Petra Drauschke (Berlin), Dr. Norbert Madloch (Berlin) und Dr. Horst Helas (Berlin)

II. Rechte Alltagskultur – Phänomen des Ostens?

Mit Prof. Dr. Werner Bramke (Leipzig), Dr. Ruth Geier (Leipzig) und Prof. Dr. Elmar Brähler (Leipzig)

III. Der Umgang mit dem Rechtsextremismus in den Kommunen

Mit Friedemann Affolderbach (Wurzen) und Gert Wiegel (Gotha)

18–19.30 Uhr

Filmvorführung: **Kombat Sechszehn.** Buch & Idee: Jana Erdmann, Mirko Dorscht, Regie: Mirko Dorscht. Anschließend Diskussion mit den Referenten

Fortsetzung am

• **Sonnabend, 10. September, 10–13 Uhr**

mit Katrin Framke (Berlin), Dr. Adelaide Grützner (Leipzig) und Dr. Dieter Chitralla (BdA Leipzig)

Kommunalpolitisches Forum Sachsen e. V.
Dresdner Str. 13, 01662 Meißen
Tel. 03521-406883 Fax 03521-406885
komunal.forum.sachsen@t-online.de
www.kommunalforum-sachsen.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
Harkortstr. 10, 04107 Leipzig
Tel. 0341-9608531 Fax 0341-2125877
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

Wer hat den erforderlichen Mut und den Idealismus, die Leitung unseres antifaschistischen Ferienheimes „Heideruh“ ab 2006 zu übernehmen?



„Heideruh“ liegt in der Lüneburger Nordheide und wurde 1945/46 von Antifaschistinnen und Antifaschisten gegründet, erbaut und von ihnen sowohl in materieller und ideeller Hinsicht auf ehrenamtlicher Basis unterhalten und geführt.

Kameradinnen und Kameraden, die den Faschismus überlebt haben, ihre Angehörigen und Antifaschisten/-innen aus unseren Organisationen finden seit dieser Zeit bei uns Erholung und schöpfen Kraft für den alltäglichen Kampf. Seminare vermitteln das notwendige Wissen über Verfolgung und Widerstand, der Friedenssicherung und der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft.

„Heideruh“ verfügt über eine Kapazität von 35 Gästen, plus unserer ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einem Koch. Unser Heim ist ganzjährig geöffnet.

Wir suchen eine Kameradin bzw. einen Kameraden oder ein Ehepaar/Partner, die über kaufmännische Grundkenntnisse (PC) verfügen, organisations- und kooperationsfähig sind, besonders im Kontakt mit unseren Gästen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein Führerschein ist erforderlich.

Wen wollen wir ansprechen?

Vorruheständler? oder schon im Ruhestand? und alle, die sich angesprochen fühlen.

Wer hat Interesse? Wer fühlt sich angesprochen?

Bitte melden beim Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V.

Ahornweg 45, 21244 Buchholz i.d.N.

Telefon: 04181-8726, Fax: 04181-281142, www.heideruh.de

Im Auftrag des Vereins und des Vorstandes
Helmut Fleischhauer und Helga Seipel-Schneider
Ehrenamtl. Geschäftsführer

Der namhafte Rechtswissenschaftler,
der marxistische Autor

Prof. Dr. habil Ingo Wagner

begeht am 26. August 2005 seinen

80. Geburtstag

Wir bedanken uns für sein Engagement und gratulieren ihm ganz herzlich, verbunden mit dem Wunsch für weitere Gesundheit und Schaffenskraft.

Vorstand des Marxistischen Forums Leipzig

Vorstand des Rotfuchs e. V., Regionalgruppe Leipzig

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Vom einst volkseigenen Wandlitzer See

„AUF NACH WANDLITZ!“ Dieser Ruf erreichte uns im Harz und wir legten einen Schritt zu. Natürlich war auch mancher dabei, dem bei Wandlitz nichts anderes einfiel, als jene Siedlung, die im Abstand von höchstens sechs Monaten im Fernsehen vorgeführt wird und daran erinnern soll, dass dort Mitglieder des SED-Politbüros hinter einem Zaun logiert hatten. Die Häuser, in denen sie gewohnt hatten, zeigt man so gut wie nie, denn die könnten den Fernsehzuschauer zweifeln lassen, ob es sich tatsächlich um „Bonzen“ gehandelt hatte. Damit mich niemand missversteht: Ich fand die Idee dieser Siedlung nicht eben grandios, sondern höchst unpassend für einen Arbeiter- und Bauernstaat. Andererseits: Die Gegenwart beschert uns täglich Nachrichten, die für einen Staat der Millionäre und Manager noch weit weniger moralische Ehre einlegen könnte. Aber das war ohnehin gar nicht mein Thema. Wandlitz war aus ganz anderen Gründen als Marschziel angegeben worden. Der dortige See war zu Zeiten der unseligen Siedlung volkseigen und

damit für jeden zum Baden offen. Nun hat ihn ein Werner B. aus Düsseldorf gekauft. Von

Wanderungen durch Neufünfland

der Treuhand, die jetzt zwar einen neuen Namen trägt, aber ihre Praxis, DDR-Vermögen zu verschleudern, hemmungslos fortsetzt. Wir saßen hinter dem Schilf und ließen uns von einem Anwohner die Details schildern, die jeder Krimiautor augenblicklich für sein nächstes Buch verwendet hätte. Also: B. kaufte den See von der Treuhand für 400 000 Euro. Rund um den See leben Bürger, die ihr Leben lang dort badeten, angelten, sich erholten. Nun erhielten sie Bescheid, dass sie ihre Stege künftig nur noch benutzen dürfen, wenn sie „Aktien“ kaufen und so „Mitbesitzer“ des Stegs werden. Aber B. hat ein brutales System des Steg-Aktienhandels ersonnen: Insgesamt gibt es 130 Stege, aber er verkauft nur 100, die übrigen 30 werden

abgerissen. Damit wollte er einen „Run“ auf die Aktien starten. Und den noch beschleunigen: Die ersten 25, die eine Aktie kaufen, zahlen 7500 Euro, die nächsten 25 müssen 8500 Euro berappen, die Aktien Nr. 51 bis 75 kosten 10 000 Euro. Der Preis für die letzten 25 steht noch in den Sternen. Aber die allein bis dahin kassierten Summen ergeben 650 000 Euro, was einen Gewinn von 61 Prozent ergeben würde! Und dann kommen noch die restlichen 25 dazu.

Und die Treuhand? Die hatte „vergessen“ beim Verkauf des Sees einen Passus in den Vertrag zu bringen, der die Steg-Nutzung regelt. Warum auch? In diesem Rechtsstaat gibt es doch genügend Gerichte, die solche Fragen klären. Rund um den See zweifelt niemand daran, dass nur die Alternative zwischen abreißen oder bezahlen bleibt. Meinte einer: „Solche Themen könnte die Linkspartei auf die Tagesordnung setzen lassen!“ Keiner kam auf die Politbüro-Siedlung zu sprechen.

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Einsatz der Bundeswehr im Inneren unseres Landes – dieser Schwachsinn geht mir auf den Geist.

Oberst Geerts, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, ARD 28. 7.

Fast 40 Prozent der arbeitsfähigen Südafrikaner haben keine Arbeit. 50 – 60 Prozent aller Einwohner leben in bitterer Armut.

DLF 28. 7.

Der Einbau des Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenversicherung ist die größte bisherige Rentenkürzung, obwohl wir das natürlich nicht so gesagt haben.

Prof. Raffenhüsch, ARD 31. 7.

In Italien verschwinden jährlich 10 Millionen Tonnen giftigen Mülls in Erdspalten, Meeresbuchten, auf Ödflächen, in Wäldern usw.

Großbetriebe mit einem hohen Müllanfall beauftragen private Firmen mit der Entsorgung, die auf diese Weise das Geschäft mit Gewinn erledigen. Rund 100 000 Hektar Land sind bereits mit Giftmüll verseucht.

DLF 2. 8.

Die Verwahrlosung in der Bun-

desrepublik hat eine ihrer Ursachen vielleicht in der Entproletarisierung der Gesellschaft.

DLF 5. 8.

Die BRD hat den niedrigsten Lohnanstieg von allen europäischen Ländern.

EinWirtschaftsweiser DLF 6. 8.

Ein schwedisches Gesetz zwingt die Betriebe, Frauenförderungspläne vorzulegen.

In Bayern gibt es nur für drei Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze.

beides DLF 7. 8.

In der BRD versuchen sich zur Zeit 24 000 ehemalige Arbeitslose als Ich-AG.

2004 mussten 15 000 deutsche Landwirte ihren Hof aufgeben.

beides NDR 8. 8.

Die Billigjobs in der BRD ziehen den Durchschnittslohn nach unten, was sich in Zukunft auch auf die Renten auswirken wird.

DLF 9. 8.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

1. Im Wartebereich sitzen 10 – 12 Patienten, die nach und nach zur Behandlung durch eine Ärztin / einen Arzt aufgerufen werden. Vorher gibt eine freundliche flinke Schwester dem einen ein Medikament zu schlucken, dem anderen einige Tropfen an eine bestimmte Körperstelle, einem anderen ein paar aufmunternde Worte.

Meine Frau ist die letzte, die behandelt wird. Danach gibt die Ärztin meiner Frau die Papiere in die Hand: „Geben Sie das bitte in der Aufnahme der Schwester und lassen sie sich eine Rezept ausdrucken.“

Wir gehen in die Aufnahme. Dort sitzt die freundliche flinke Schwester am Computer. „Na Sie haben wohl zwei

Erfahrungen in Leipziger Kliniken

Arbeitsplätze“, frage ich sie.

„Ich habe noch mehr. Wir werden von einer Aufgabe zur anderen geschickt. Ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Schwestern wie früher kann hier nicht mehr entstehen. Auch auf den Stationen geht es mal hierhin, mal dorthin. Zu den Patienten kann kein Vertrauensverhältnis mehr aufkommen. Die Westler wollen das nicht. Individualisten sind gefragt.“

2. Ich bin zur Kontrolle beim Arzt. Der schon ältere Doktor hat sich meine Blessur angeschaut und rät mir, wie ich sie weiter-

behandeln soll. Danach kommen wir kurz ins Gespräch über ein älteres Gebäude neben der Klinik. „Ja, es soll erhalten und saniert werden, wenn das Geld dazu reicht. Heute dreht sich ja alles nur noch ums Geld. Wenn Patienten zu uns kommen, die auf Station müssten, wird überlegt. Aber nicht in erster Linie, welche medizinischen Maßnahmen notwendig wären. Nein, es wird gerechnet, ob sich der Patient für die Klinik lohnt. Wenn nicht, wird er in ein anderes Krankenhaus abgeschoben. Soweit sind wir jetzt.“

• M. E.

Das Denken ist allen Menschen gemeinsam. Aber nicht alle benutzen auch das gleiche Organ dafür.

Eine besonders verwerfliche Form des Kindesmissbrauchs sind Fotos, die Politiker mit Kindern zeigen,

Was der Mensch nicht hat, das kann er nicht verlieren. Ausgenommen sind jene Politiker, die jeden Tag ihr Gesicht verlieren.

• REINHARD LOCHNER

Stoibern ist noch nicht strafbar. Also los – wenigstens drei Minuten lang und in Deutsch:

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, galten die Bayern früher als spät germanisiert. So etwas muss zurückgewiesen werden. Denn, meine Freunde, uns braucht man nicht zu sagen, wohin Minderwertigkeitskomplexe führen. Frust schafft Trotz und Trotz schafft Größenwahn. Den brauchen wir, um die Wahl für ganz Deutschland zu entscheiden. Wo kämen wir sonst hin!

Darum: „Stark für's Land“, wie es auf der Wand hinter mir steht! Fürs Regieren und fürs Rechtschreiben brauchen wir keine Belehrung! Schon gar nicht von Ostelbiern!

Und wer da meint, wenn ich gewisse deutsche Stämme – sind es überhaupt deutsche? – ein wenig abwärts, dann würde ich die Intel-

Drei Minuten stoibern oder: Wenn die Räterepublik droht

lizenzen der Bayern beleidigen, die dafür klatschen sollen – also, meine Damen und Herren, dann stimmt das natürlich. Aber sind wir etwa vom Mond? Wissen wir nicht, wo wir die Kälber abliefern? Wenn diese Roten, diese ... Linkstruppe vor der Tür steht, da befinden wir uns doch sozusagen im Verteidigungsfall! Dann darf uns keine Gürtellinie zu tief sein, hier sind wir doch hoffentlich einer Meinung! Wenn die Räterepublik droht, dann heißt es Kimme und Korn, auch wenn's nach hinten losgeht. Wir sind germanisiert, uns wirft nichts um. Wir kommen nicht aus der Uckermark.

Mit Frau Merkel bin ich da übrigens völlig einer Meinung, meine Damen und Herren!

• gb



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung: Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERGDigital, Hans-Jürgen Berg, Oststraße 39, 04420 Markranstädt
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. August

Die nächste Ausgabe erscheint am 9. September

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40